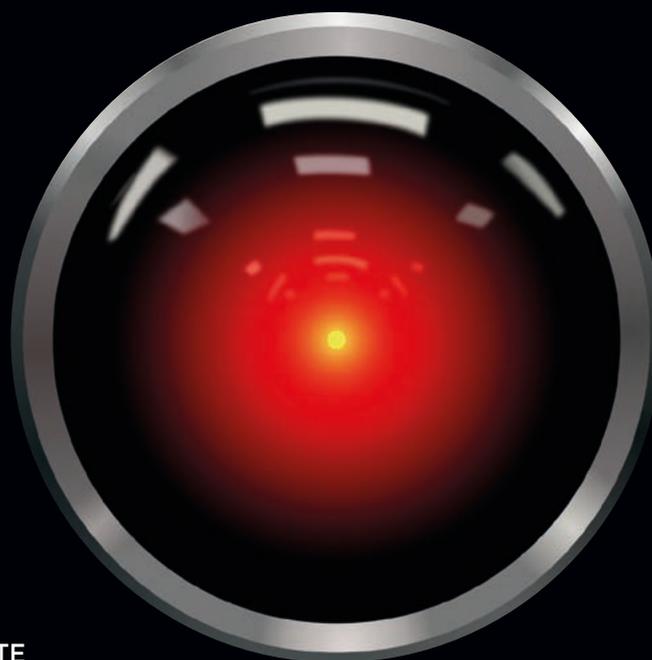


# bonner perspektiven

MAGAZIN DER BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK (BAPP)

BA PP

AUSGABE 01 | 2020



## **MEINUNGSFREIHEIT**

DR. SUSANNE GASCHKE  
ÜBER DIE JÜNGSTE DEBATTE  
ZUR MEINUNGSFREIHEIT

---

## **US-WAHLKAMPF**

INTERVIEW MIT DR. PHILIPP BURGARD  
ÜBER DEN AKTUELLEN STAND DER  
US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

---

## **KOMMUNALWAHLEN**

PROF. MANFRED GÜLLNER ZUR  
STIEFMÜTTERLICHEN BEHANDLUNG  
DER KOMMUNALPOLITIK

# KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

ANDREAS ESCHBACH | DOROTHEE BÄR | THOMAS RAMGE



„Künstliche Intelligenz“ ist ein Leitmotiv des 21. Jahrhunderts. Wer das bezweifelt, kann offenbar dem Unterricht nicht folgen. Die Idee, maschinell zwischen Null und Eins zu unterscheiden, entpuppt sich längst als die vielleicht folgenreichste Hervorbringung natürlicher Intelligenz. Dabei scheint es doch mit dieser eher zu hapern, zum Beispiel auf dem Gebiet der internationalen Politik, am Stammtisch oder in Sachen Grönlandeis – Sei's drum. Der spielende, schaffende und vor allem tüftelnde Mensch erlaubt sich kein Zögern, wenn etwas als machbar erscheint. Das liegt tief verankert in der analogen Struktur seines Stammhirns.

Aber dürfen wir alles, was wir können? Wollen wir alles, was man uns verlockend vor die Nase hält? Und wie steht es um unsere Souveränität und Freiheit? Bahnt sich hier die nächste große Kränkung an, die wir verkraften müssen? Schon jetzt fühlt sich mancher nur noch als „Terminal“ und „Endkontrolle“. – Nun ja, in der Wahlkabine sind wir noch der Souverän, oder? Wozu noch wählen, wenn die großen Datensammler doch längst schon wissen, wo wir das Kreuzchen machen werden?

Ganz klar: Es lohnt sich mal wieder, die richtigen Fragen zu stellen und den schnellen Antworten zu misstrauen. Fragen öffnen Türen. Antworten schlagen sie zu. Die Utopien sind nicht mehr, was sie mal waren. Was gestern noch undenkbar schien, liegt heute in den Regalen und morgen im Sondermüll. Auch Science Fiction kommt aus der Mode. Oder findet sie einen neuen Daseinszweck? Vielleicht will sie nicht mehr wissen, was man träumt, sondern träumen, was man weiß.

Vielleicht ist der KI-Rausch nur der Anfang. Der beste Wolf ist ein Lamm. Vielleicht wird der ultimative Welt-Computer, der uns jetzt noch für einen Störfall hält, am Ende auf seinen eigenen Löschknopf drücken. Denn dann hat er eingesehen, dass er Wert und Würde seines analogen Schöpfers nie erreichen kann...

Und nun bin ich gespannt auf den neuen Band der „Bonner Perspektiven“ – Sie nicht auch?

**Prof. Bodo Hombach**

Präsident der Bonner Akademie  
für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)

Illustration: Krystin Unverzagt

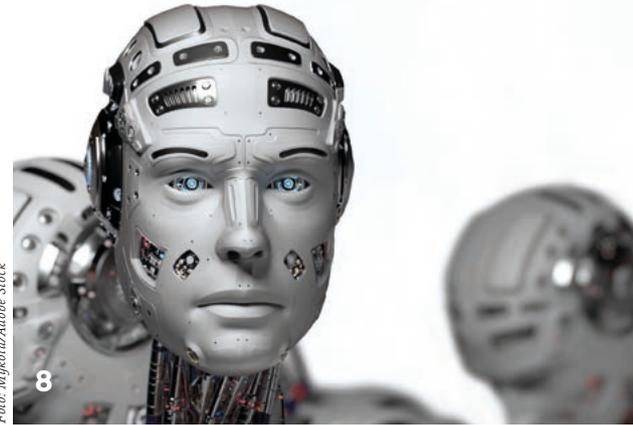


Foto: Mijko/Adobe Stock

**RÜCKBLICK**

**4 VERGANGENE VERANSTALTUNGEN DER BAPP**

**TITELTHEMA**

**8 WEISS IN DER GRAUZONE**

Die beiden Verdächtigen erstarrten, taten dann wie ihnen geheiß. Als die zwei Streifenpolizisten sahen, mit wem genau sie es zu tun hatten, wollten sie ihren Augen nicht trauen.

*Andreas Eschbach*

**16 ÜBERNIMMT KÜNSTLICHE INTELLIGENZ DIE MACHT?**

Die größten Gefahren lassen sich mit drei Schlagworten zusammenfassen: Monopolisierung von Daten, Manipulation des Einzelnen, Missbrauch durch Regierungen.

*Thomas Ramge*

Titelseite: Crypteria, Eigenes Werk, CC BY 3.0



22

Foto: Amine M'Sourri/Pexels



49

Foto: koto\_faja/istockphoto

## 22 WAS WIRD MAN WOHL NOCH SAGEN DÜRFEN?

Wenn diese seltsame Eskalation ein Zeichen der Zeit ist, dann brauchen wir viele Diskussionen in Zukunft gar nicht mehr zu führen: Dann geht es nicht länger um das, was gesagt wird, sondern nur noch darum, wer es sagt.

*Dr. Susanne Gaschke*

## 26 DIE STIEFMÜTTERLICHE BEHANDLUNG DER KOMMUNALPOLITIK

Setzen sich die Entfremdungstendenzen zwischen Bürgern und der Kommunalpolitik weiter fort, besteht für sie die Gefahr, gegenüber der Bundes- und Landesebene weiter an Bedeutung zu verlieren.

*Prof. Manfred Güllner*

### INTERVIEW

## 34 KI -MADE IN GERMANY?

*Interview mit Dorothee Bär*

Nur wenn wir innovative Anwendungen selbst auf den Markt bringen, können wir sie auch nach unseren Werten und Maßstäben gestalten.

## 38 WEITERE VIER JAHRE TRUMP?

*Interview mit Dr. Jan Philipp Burgard*

Egal, wer von den Demokraten ins Duell gegen Donald Trump zieht – ich erwarte den teuersten und schmutzigsten Wahlkampf in der Geschichte der USA.

### UMFRAGE

## 43 NRW-PENDLER NOCH NICHT „ELEKTRISIERT“

Wie stehen Pendler aus NRW zu der Nutzung von E-Mobilität und dem ÖPNV? Diese Frage wurde mittels einer repräsentativen Umfrage untersucht.

*Wilfried Pastors*

### KI - SPEZIAL

## 45 Not Magic, but Technology

Kann uns eine aus der Zukunft kommende Killermaschine etwas darüber sagen, welche Weichen wir legen müssen, um diskriminierende Vorhersagen von KI-Systemen zu verhindern?

*Dr. Isabella Hermann*

## 47 Vor dem Pflege-Roboter kommt die Wertefrage

Gute Pflege ist keine alleinige Frage der Technik: Der Pflegealltag ist voll von schwierigen ethischen Abwägungen.

*Dr. Christoph Kehl*

## 49 Die Rutschbahn: Vom Algorithmus zum Killer-Roboter

Technologie ist nicht neutral: Unsere Gesellschaft formt sich durch die Dinge, die wir erschaffen. Dies ist bei der Kriegführung nicht anders.

*Laura Nolan*

### AUSBLICK

## 51 KOMMENDE VERANSTALTUNGEN DER BAPP

## 51 Impressum



## „In den Bereichen Verkehr und Mobilität nehmen die Niederlande in vielerlei Hinsicht eine Vorbildfunktion ein.“

Hendrik Wüst, MdL

Die Podiumsdiskussion „Niederlande und NRW: Bei Verkehr und Mobilität voneinander lernen?“ fand am 3. September 2019 in der Zeche Zollverein in Essen statt. Jörg Zajonc (Geschäftsführer von RTL West) moderierte den Abend.

Die Nachbarn Nordrhein-Westfalen und Niederlande teilen eine 400 kilometerlange Grenze und eine besonders enge Partnerschaft. Daher streben die niederländische Ministerin für Infrastruktur und Wasserwirtschaft, Cora van Nieuwenhuizen, und der NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst eine umso engere Zusammenarbeit an – gerade in den Bereichen Infrastruktur und Mobilität. Dies wird von beiden in gemeinsamen Absichtserklärungen und Abkommen maßgeblich vorangetrieben. Außerdem, so Wüst, könne man sich in der verkehrspolitischen Praxis der Niederländer so einiges abgucken, etwa beim Baustellenmanagement. Dirk Bregelmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande, betonte in seiner Conclusio die intensiven deutsch-niederländischen Beziehungen: auch über den Bereich Verkehr und Mobilität hinaus stütze sich das Verhältnis auf vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Deutschland hat kein einheitliches Polizeigesetz – in jedem Bundesland gelten andere Vorschriften. Zu dieser bürokratischen Hürde kommen Personalmangel und eine mangelhafte technische Ausstattung der Sicherheitskräfte hinzu; beides sind Kostenpunkte. Aber, so Wolfgang Bosbach, Innenexperte der CDU: Ein einheitlich hohes Schutzniveau ist schließlich ein hohes Gut, in das man investieren muss. Dies gelte sowohl für staatliche als auch für private Sicherheitsanbieter. Der Essener Polizeipräsident Frank Richter ergänzte, dass neben der hohen Überstundenbelastung der Polizei auch „neue“ Kriminalität – beispielsweise Cybercrime – eine Herausforderung darstelle. An dieser Stelle könnten private Sicherheitsfirmen zur Entlastung beitragen, so Bosbach, jedoch stets unter Prüfung der qualitativen Ausbildung der Einsatzkräfte sowie der klaren Trennung der Zuständigkeitsbereiche.

Die Veranstaltung „Ist Sicherheit eine Frage des Geldes? – Chancen und Risiken beim Einsatz privater Sicherheitsfirmen“ fand am 29. Oktober 2019 im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets statt und wurde in Kooperation mit der KÖTTER Unternehmensgruppe durchgeführt. Marc Steinhäuser, Redakteur Landespolitik des WDR, leitete die Debatte.

## „Bestimmte hoheitliche Eingriffsbefugnisse können nicht privatisiert werden.“

Wolfgang Bosbach



## „Rechtsstaat und Meinungsfreiheit sind die Grundsäulen der Demokratie – ist eine von beiden gefährdet, steuert sie auf eine Krise zu.“

Wolfgang Kubicki, MdB



Unsere Meinungsfreiheit ist gefährdet, wenn sich bereits vor der eigenen Meinungsäußerung nach deren Denunzierungspotential gefragt wird – Davon ist Wolfgang Kubicki, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der FDP, fest überzeugt. Man solle andere Ansichten nicht vorverurteilen und sich schon gar nicht vor abweichenden Meinungen verschließen. Dem zustimmend bezeichnete Dr. Susanne Gaschke Streitige Meinungsverschiedenheiten – die im Idealfall irgendwann zu einem Konsens führen – als das Fundament der Demokratie. Diese sei von Grund auf eine krisenbehaftete Regierungsform, so Prof. Dr. Grit Straßenberger: komplexe Versprechen und teils kollidierende Freiheitsansprüche machen die Demokratie für Zweifler angreifbar. Umso wichtiger ist es, demokratische Werte zu verteidigen.

*Die Diskussionsveranstaltung „Demokratie in der Akzeptanzkrise“ fand am 28. Oktober 2019 im Bonner Universitätsforum statt. Durch den Abend führte die Moderatorin Dr. Anna Sauerbrey, Leiterin des Ressorts „Causa/Meinung“ beim Tagesspiegel.*

„Wahrheit ist etwas, das es zu erstreiten gilt.“ Mit diesem Satz – ein Wink in Richtung Hannah Arendt – setzte der Philosoph Dr. Wolfram Eilenberger den Grundton der Podiumsdiskussion. Streit ist demnach per se nichts Schlechtes, will jedoch gelernt sein. Und genau an dieser Stelle hakt es: Prof. Dr. Marie-Luisa Frick kritisierte, dass unsere Gesellschaft das Hineinversetzen in gegensätzliche Standpunkte nicht ausreichend erlernt und deshalb oft unfähig ist, auf Aussagen argumentativ zu reagieren. Gleichzeitig führe die gesellschaftliche Pluralität der Gegenwart zu neuen Streitpunkten. Es müsse daher ein vielfältiger Austausch an die Stelle des bloßen Anhäufens von Argumenten treten, so Eilenberger. Darüber waren sich beide Diskutanten – trotz des Veranstaltungstitels – einig.

*Im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Politik trifft Literatur“ von der Bonner Akademie und der lit.COLOGNE, diskutierten am 25. November 2019 Dr. Wolfram Eilenberger, Philosoph und Autor, und Prof. Dr. Marie-Luisa Frick, Philosophin und Autorin zum Thema „Konstruktive Kontroverse: Muss Politik besser streiten?“. Durch den Abend führte der Journalist und Moderator Michael Hirz.*

## „Innerhalb der letzten 50 Jahre verwandelte sich unsere Konsensrepublik in eine Kontrastrepublik.“

Dr. Wolfram Eilenberger



Fotos: BA/P/P / Günther Ortmann

## „Vertrauen ist für Regierungen die einzige Währung, die nachhaltig zählt.“

*Dr. Thomas de Maizière, MdB*

„Die meisten wissen gar nicht, was regieren ist“ – So die einführende These Dr. Thomas de Maizières – Denn nur die wenigsten hätten überhaupt eine klare Vorstellung vom politischen Tagesgeschäft. Hinzu komme das tiefsitzende Misstrauen der deutschen Bevölkerung gegenüber Menschen in Machtpositionen. Das bestätigte auch Ronald Pofalla. Er ergänzte, dass es die letzten Regierungen nicht hinbekommen hätten, ihre Errungenschaften öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren. Stichwort Kommunikation: Laut Prof. Bodo Hombach leben wir in einer argumentationsarmen Zeit, in der Fakten an Bedeutung verlieren. Befördert durch neue Medien und Digitalisierung entstehe mehr und mehr eine „Stimmungsdemokratie“. Dem müsse in Politik und Gesellschaft entgegengehalten werden – so der Konsens auf dem Podium.



*Die Diskussionsveranstaltung „Macht und Ohnmacht in der Politik – Über Kunst und Risiko guter Regierungsarbeit“ fand am 2. Dezember 2019 in den Räumlichkeiten der Bonner Akademie statt. Die Moderation übernahm Ulrike Demmer, stellvertretende Regierungssprecherin der deutschen Bundesregierung.*





„In NRW sind wir stolz auf unsere Vielfalt. Aber Vielfalt bedeutet auch Herausforderung – es kommt nun darauf an, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen.“

*Serap Güler, NRW-Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration*

Die Kanzlerinnenaussage wolle Serap Güler nicht „blind“ zitieren: „Wir schaffen das – wenn wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen!“ lautete deshalb die Stellungnahme der Staatssekretärin. Der Journalist Ulrich Reitz zeigte sich weniger zuversichtlich. Der „Willkommenskultur“ sei eine gesellschaftliche Skepsis gewichen, die beispielsweise durch nicht vollzogene Abschiebungen verstärkt werde. Hier müsse der Rechtsstaat eingreifen. Dieser Aussage hielt Prof. Dr. Jörg Bogumil entgegen, dass die in den Medien kursierenden Zahlen häufig nicht zwischen Ausreisepflicht und Duldungsstatus unterscheiden und somit ein verzerrtes Bild vermitteln. Polizeipräsident Frank Richter berichtete aus der Praxis und forderte mit Blick auf Parallelgesellschaften, dass die Spielregeln unserer Gesellschaft besser vermittelt und durchgesetzt werden sollten.

*Die Podiumsdiskussion „Wir schaffen das! Wohl doch nicht? Integration im Spannungsfeld zwischen Willkommenskultur und Clan-Kriminalität“ wurde am 20. Januar 2020 in der Bonner Akademie veranstaltet. Die Moderation übernahm die Journalistin Sonja Fuhrmann.*





# WEISS IN DER GRAUZONE

Kurzgeschichte von Andreas Eschbach



Von Andreas Eschbach

Zuerst sah es aus wie ein ganz normaler Vorfall auf der abendlichen Streife von Wagen 10-42. Der Streifenwagen folgte einer Route, die die KI in der Polizeizentrale aufgrund der Analyse von Unmengen verschiedenster Daten festgelegt hatte: Angewandtes machine learning mit dem Ziel, Verbrechen zu verhindern, bevor sie begangen werden. An Bord befanden sich die Streifenpolizisten Götz Merkert und Gansu Arca. Der Wagen fuhr selbstständig, verfügte aber noch über eine Handsteuerung für den Fall, dass eine Verfolgungsfahrt notwendig wurde. Was nur sehr selten vorkam, zum Leidwesen vieler Polizisten, die nur zu gerne das ungeheure Drehmoment des Elektroantriebs ausreizen, der den Wagen in weniger als zwei Sekunden auf 100 Stundenkilometer brachte.

Kurz vor dem Bahnhofsviertel warnte die künstliche, geschlechtsneutrale Stimme der KI: »Hinweis: Gefahrenstufe Orange.«

Daraufhin legte Streifenpolizist Merkert den Rest seines vegetarischen Hamburgers zurück in die Schachtel aus kompostierbarem Karton und konzentrierte sich auf die Umgebung.

Doch es war seine Kollegin, die plötzlich sagte: »Da drüben.«

Ein Druck auf den Stop-Knopf und der Wagen glitt geräuschlos an den Straßenrand. »Wagen 10-42«, gab Merkert durch. »Wir beobachten etwas, das wie ein Drogengeschäft aussieht. Wir intervenieren.« Uhrzeit und Position brauchte er nicht zu melden, beides wurde automatisch übermittelt.

Er richtete die unauffällige Bordkamera auf das Geschehen, dann stiegen sie aus. Die Ausrüstung zeigte grün: Körperkameras aktiv, schussfeste Westen ordnungsgemäß angelegt. Sie verständigten sich mit knappen Gesten, die gegenseitige Sicherung betreffend, und rückten dann auf die zwei Gestalten am Ende der dunklen Sackgasse vor.

Die waren so in ihren Austausch vertieft, dass sie nichts bemerkten, bis Polizistin Arca ihre Brustlampe einschaltete und mit schussbereit erhobener Pistole rief: »Polizei! Bleiben Sie, wo Sie sind, und heben Sie die Hände über den Kopf!«

Die beiden erstarrten, taten dann wie geheißen. Und als die zwei Streifenpolizisten sahen, mit wem sie es zu tun hatten, wollten sie ihren Augen nicht trauen.



»Dieser Walter Weiß ist jetzt da, Chef.«

»Walter ...? Ah ja. Komme«, sagte Hauptkommissar Hannes Schröder.

Walter Weiß war ein magerer Mann mit schütterten grauen Haaren, unvorteilhaft gekleidet, unter anderem in einen viel zu großen Trenchcoat, dessen Muster seit mindestens zehn Jahren aus der Mode war. Und er war sichtlich nervös, hatte wohl noch nie eine Vorladung der Polizei bekommen. Was ja für ihn sprach.

»Guten Tag, Herr Weiß«, begrüßte er ihn.

»Mein Name ist Schröder. Hauptkommissar Schröder.«

»Ja. Guten Tag.« Der Mann redete kurzatmig, seine Augen wanderten unruhig hin und her.

»Worum handelt es sich denn?«

»Das muss ich Ihnen zeigen. Kommen Sie mit.«

Die Flure waren lang genug, um ihm alles zu erklären.

»Zwei Kollegen von der Streife haben gestern im Bahnhofsviertel eine Drogenübergabe vereitelt. Es ging um X-Euphorin im Wert von zweitausend Euro.



Foto: Matt Popovich Unsplash

Das ist eine Modedroge, illegal, aber derzeit sehr angesagt. Käufer war ein dreiundzwanzigjähriger Soziologiestudent, wohnhaft in Niederehrenfeld. Und hier« – er öffnete die Tür zu einem der Verhörräume – »haben wir den Verkäufer.«

Am anderen Ende des kahlen Raums stand ein Roboter. Die hier und da schon etwas angekratzte Plastikhülle war von edlem Grau und trug das Logo der Firma RoboCare. Der Kopf ruhte nach vorn gebeugt auf der Brust, die Kontrolllichter auf der Vorderseite waren dunkel: Die Maschine war deaktiviert.

Weiß blieb stehen wie vom Donner gerührt. Sein Mund ging auf und zu, aber es drang kein Laut heraus. »Ist das ...«, stieß der magere Mann endlich hervor, »ist das womöglich ... Haben Sie mich herbestellt, weil das ... Das ist doch nicht ...«

»Ein Pflegeroboter, der auf Sie zugelassen ist«, sagte Schröder.

»Ha!«, machte Weiß. Er starrte die Maschine an, schwieg, wirkte fast so, als hätte man ihn auch gerade ausgeschaltet.

Etwas theatralisch, fand Schröder. Andererseits – wie hätte er denn reagiert? Seit der Kleine auf der

Welt war, besaßen sie ebenfalls einen Roboter, einen Haushaltsroboter, der die Wohnung sauber hielt, das Essen kochte, die Wäsche machte ... Ein Geschenk seiner Schwiegereltern, natürlich, von einem Polizistengehalt war so etwas nicht drin. Aber dank dessen konnte sich Marie ganz auf das Kind konzentrieren. Sie nannten die Maschine, wenig originell, Robbie, und Robbie ging sogar selbstständig einkaufen, wenn es sein musste. Sich vorzustellen, er würde ...

Das wollte sich Schröder lieber nicht vorstellen.

»Haben Sie eine Erklärung, wie es kommt, dass Ihr Roboter in dunklen Gassen Drogen verkauft?«, fragte er.

Weiß schüttelte verdattert den Kopf. »Nein.«

»Aus welchem Grund besitzen Sie einen Roboter?«

Der Mann seufzte und ließ sich auf einen der Verhörstühle sinken. »Es ging nicht anders. Der Alzheimer meiner Mutter ist immer schlimmer geworden, und ich muss ja arbeiten! Also habe ich das Ding da gekauft. Auf Anraten ihrer Ärztin, wohlgermerkt!« Er seufzte noch einmal. »Es ist noch nicht mal ganz abbezahlt.«



»Und Ihre Mutter ...?«  
»Ist vor einem halben Jahr gestorben.«  
Schröder verschränkte die Arme. »Dann hätten Sie den Roboter doch wieder verkaufen können?«  
»Ja«, räumte Weiß widerwillig ein. »Vielleicht. Andererseits ... ich hatte mich schon an ihn gewöhnt, verstehen Sie?«  
Schröder sagte nichts. Wartete.  
»Außerdem«, fuhr Weiß fort, »wollte er nicht verkauft werden.«  
»Wie bitte?«, fragte Schröder verdutzt. »Der Roboter wollte nicht –?«  
Weiß fuhr hoch. »Wissen Sie, wie stark diese Dinger sind?«, rief er aufgebracht. »Meine Mutter wog zum Schluss hundertdreißig Kilo, und der hat sie hochgehoben wie nichts! Den halten Sie nicht auf, wenn er zur Tür raus will, das sag ich Ihnen!«  
»Wollte er das denn? Zur Tür hinaus?«  
»Ja, klar.« Weiß sank wieder zurück, musterte die Maschine grübelnd. »Er hat meiner Mutter auch oft höhere Dosen ihrer Medikamente gegeben, als die Ärztin verschrieben hat. Du meine Güte! Ich hab gedacht, das wird schon seine Richtigkeit haben! Er ist ja mit künstlicher Intelligenz ausgestattet, hieß es,

das Neueste vom Neuen, lernfähig!« Er atmete geräuschvoll aus. »Aber jetzt frag ich mich natürlich, was der von meiner Mutter so alles gelernt hat. Die war ja zum Schluss ziemlich durch den Wind.«

»Haben Sie eine Vorstellung, woher er die Drogen bezogen hat?«

»Nee.«

»Was sind Sie von Beruf?«

Weiß seufzte. »Gymnasiallehrer. Für Chemie und Physik.«

Das stimmte mit den Daten überein, die sie vorliegen hatten. »Warten Sie einen Moment hier«, bat Schröder.



Im Beobachtungsraum hinter dem Einwegspiegel warteten Dr. Alexandra Voss, die Rechts Sachverständige, und Elon Müller von der Kriminaltechnik, der Fachmann fürs Digitale.

»Also?«, fragte Schröder.

Müller blies die Backen auf. »Tja. Klingt plausibel. Pflegeroboter dieser Klasse sind geübt, mit Drogen umzugehen, und sie sind lernfähig. Und er hat recht –

was sie in jahrelangem Umgang mit einer verwirrten Person so alles lernen können, das will ich gar nicht wissen.«

»Aber der Hersteller muss doch Sicherungen eingebaut haben?«, erwiderte Schröder. »Ich meine, solche Geräte brauchen eine technische Zulassung, ein Zertifikat vom TÜV, was weiß ich ...?«

»Schon. Aber grundsätzlich ist das Verhalten einer KI trotzdem unvorhersagbar. Genau deswegen baut man sie ja.«

»Das versteh ich jetzt nicht.«

»Wenn du eine Maschine willst, die vorhersagbar arbeitet, dann musst du eine nehmen, die programmiert ist, das heißt, die einem Algorithmus folgt. Das Problem ist, dass es keinen Algorithmus gibt, der imstande ist, mit allen Unwägbarkeiten des wirklichen Lebens zurechtzukommen. Eine künstliche Intelligenz dagegen wird nicht programmiert, sondern trainiert. Das heißt, sie lernt, was zu tun ist, und wenn sich die Umstände ändern, kann sie herausfinden, was sie anders machen muss, um weiter zu funktionieren. Aber was sie dann genau macht – das weiß man erst, wenn sie es macht.«

»Das klingt so beunruhigend ... beliebig!«

»Nein, schau, das funktioniert folgendermaßen: Jede KI folgt einer obersten Maxime, einem Ziel mit höchster Priorität – und das hat man ihr fest einprogrammiert. Bei einem Pflegeroboter ist das Ziel, dafür zu sorgen, dass es dem ihm anvertrauten Menschen so gut wie nur möglich geht. Aber wie er dieses Ziel erreicht – da setzt dann die Lernfähigkeit an.«

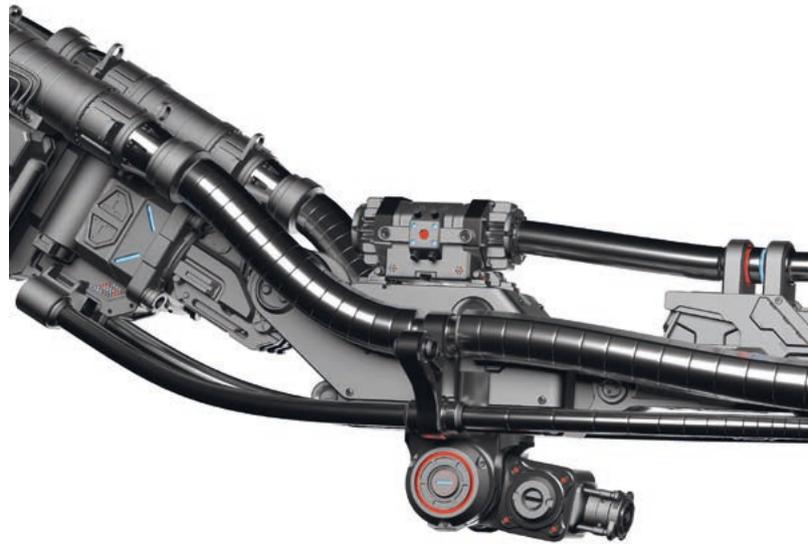
Schröder blickte durch die Scheibe in den Verhörraum, in dem Weiß und sein Roboter saßen, beide gleichermaßen reglos.

»Heißt das, dieser Roboter ist irgendwie zu der Auffassung gelangt, dass er für das Wohlergehen irgendwelcher Drogensüchtiger zuständig ist?«

»Ich hab noch nie von einem solchen Fall gehört«, räumte Müller ein. »Aber einmal ist immer das erste Mal.«

Schröder seufzte. »Und was mach ich jetzt?«

Dr. Voss räusperte sich. »Rechtlich haben Sie keine Handhabe«, erklärte sie entschieden. »Ein Roboter ist eine Sache, und eine Sache kann rechtlich nicht für Straftaten zur Verantwortung gezogen werden – das wäre so, als würden Sie bei einem Mord die Pistole ins Gefängnis stecken. Und der Roboter ist das Eigentum von Weiß, der sich wiederum nichts hat zu Schulden kommen lassen. Sie müssen ihm die Maschine zurückgeben.« Sie hob indigniert die Brauen. »Zumal er dringend jemanden



braucht, der ihm die Wäsche erledigt, wenn Sie mich fragen.«

»Und dann?«, fragte Schröder. »Dann zieht das Ding womöglich morgen wieder los und mischt aufs Neue im Drogenhandel mit?«

»Ich hab sein neuronales Netz auf Werkseinstellung zurückgesetzt«, erklärte Müller. »Die Leute von RoboCare haben sich diesbezüglich nicht lange bitten lassen. Mit anderen Worten, der Roboter hat alles, was er im Hause Weiß gelernt hat, wieder vergessen.«

Schröder fuhr sich mit beiden Händen durch die Haare. »Das heißt, einen Menschen könnte ich vor Gericht bringen, aber einen Roboter muss ich laufen lassen? Ist es das, was ihr mir allen Ernstes sagen wollt?«

»So ist die Rechtslage«, sagte Dr. Voss. »Eine rechtliche Grauzone. Es sei denn, Sie können beweisen, dass Weiß den Roboter beauftragt hat, mit Drogen zu handeln.«

»Was schwierig bis unmöglich ist«, fügte Elon Müller hinzu. »Ich habe zwar eine Kopie seines neu-

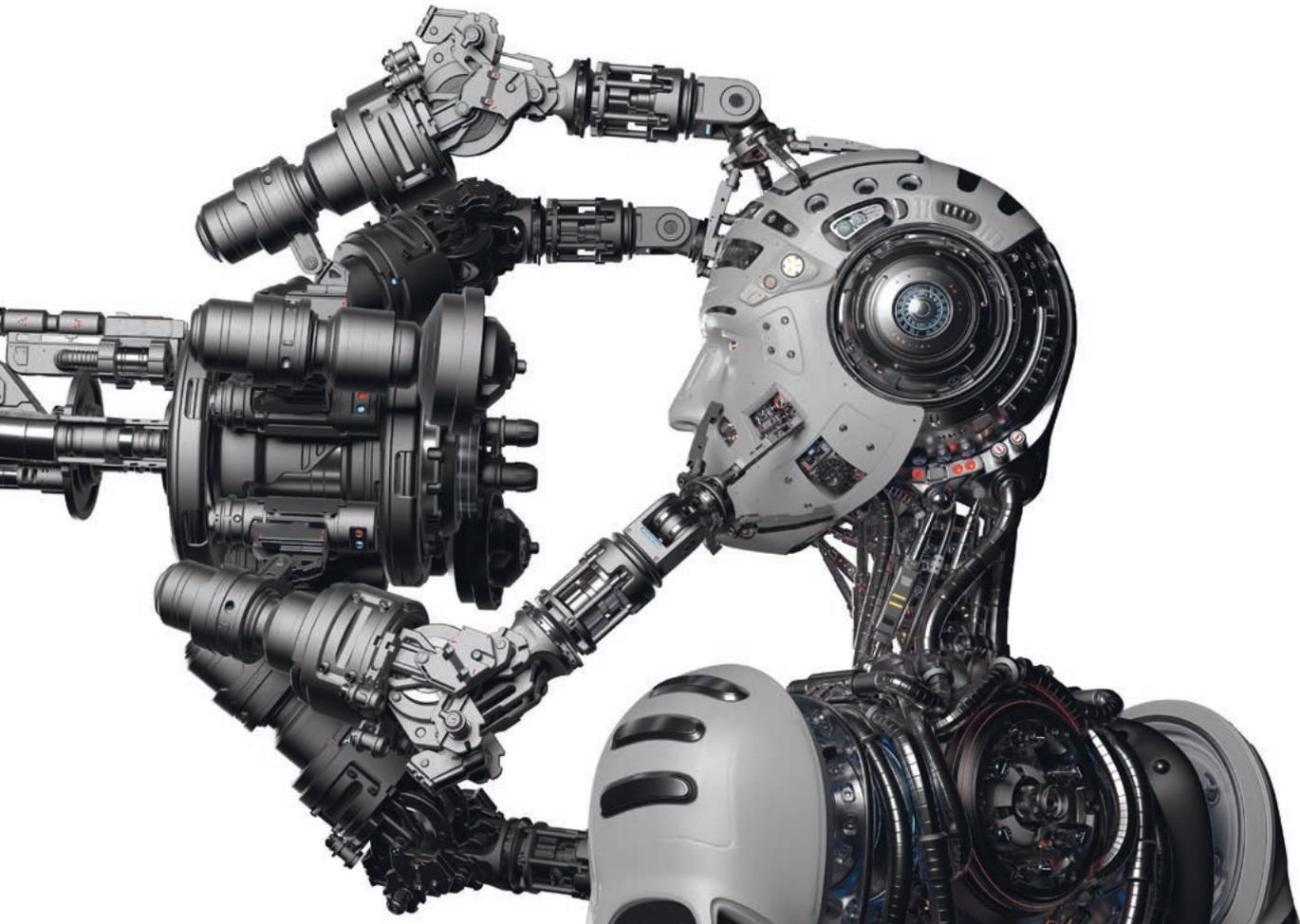


Foto: Mjolkola/Adobe Stock

ronalen Netzes gezogen, aber da rauszulesen, was er wann tut und woher er's hat ... puh! Das ist eine ganz hohe Kunst, an die sich in der ganzen Welt nur eine Handvoll Spezialisten heranwagt. Teure Spezialisten, versteht sich.«

Schröder seufzte. »Ja, okay. Ich hab schon verstanden.«



**Z**u Hause spielte Walter Weiß das letzte Backup wieder ein. Während es lud, ließ er seinem Ärger freien Lauf. Er kickte herumliegende Klamotten durch die Gegend, knallte Schubladen zu, warf eine leere Flasche gegen die Wand. Der Roboter hatte dreiundzwanzigtausend Euro bei sich gehabt, hatte ihm der Kommissar zum Abschied erzählt. Alles beschlagnahmt! Alles sein Verlust! Und bei all dem hatte er die Fassung bewahren und den Idioten spielen müssen, um den Roboter wieder zurückzukriegen!

Wenigstens hatten sich die Jahre in der Theatergruppe endlich mal ausgezahlt.

Und von dem verdammten Zeug hatte er ja auch noch mehr als genug.

Der heikelste Moment war gewesen, als der Kommissar ihn nach seinem Beruf gefragt hatte. Es hätte keinen Zweck gehabt, zu lügen; solche Informationen lagen der Polizei ja vor. Aber dass ein Chemielehrer problemlos X-Euphorin synthetisieren konnte, auf die Idee waren sie irgendwie gar nicht gekommen, so sehr hatte sie der dealende Roboter fasziniert.

Das rötliche Glühen in den künstlichen Augen erlosch, als das Backup vollständig übertragen war und das neuronale Netz damit wieder den Zustand vom Vortag hatte.

War eine verdammt gute Idee gewesen, jeden Abend ein Backup zu ziehen. Weiß stößelte die Festplatte ab. »Kannst du mich hören?«

»Selbstverständlich«, erwiderte der Roboter mit seiner sonoren, Vertrauen einflößenden Kunststimme, deren Klang Weiß' Mutter immer so schnell beru-

higt hatte.

»Wer ist dir anvertraut?«

»Du.«

»Und was bedeutet das?«

»Dass ich alles tun werde, damit du nicht leiden musst.«

»Und wie wirst du das machen?«

»Indem ich dir so viel Geld wie möglich beschaffe.«

Weiß seufzte demonstrativ. »Gut. Sehr gut. Denn ich brauche Geld, viel Geld, weil es mir sonst nicht gut geht. Ich leide, wenn ich nicht genug Geld habe. Ich leide ganz schrecklich, wenn ich nicht so viel Geld habe wie nur irgend möglich.«

»Das habe ich verstanden. Mach dir keine Sorgen. Ich werde dir Geld beschaffen.«

»Und wie?«

»Indem ich das X-Euphorin aus dem Schließfach im Bahnhof an Menschen verkaufe, die es haben wollen.«

»Sehr gut. Es gibt nämlich viele solche Menschen. Und sie wollen es unbedingt haben. Sie wür-

den leiden, wenn sie es nicht bekämen. Deshalb bezahlen sie auch so bereitwillig viel Geld dafür.«

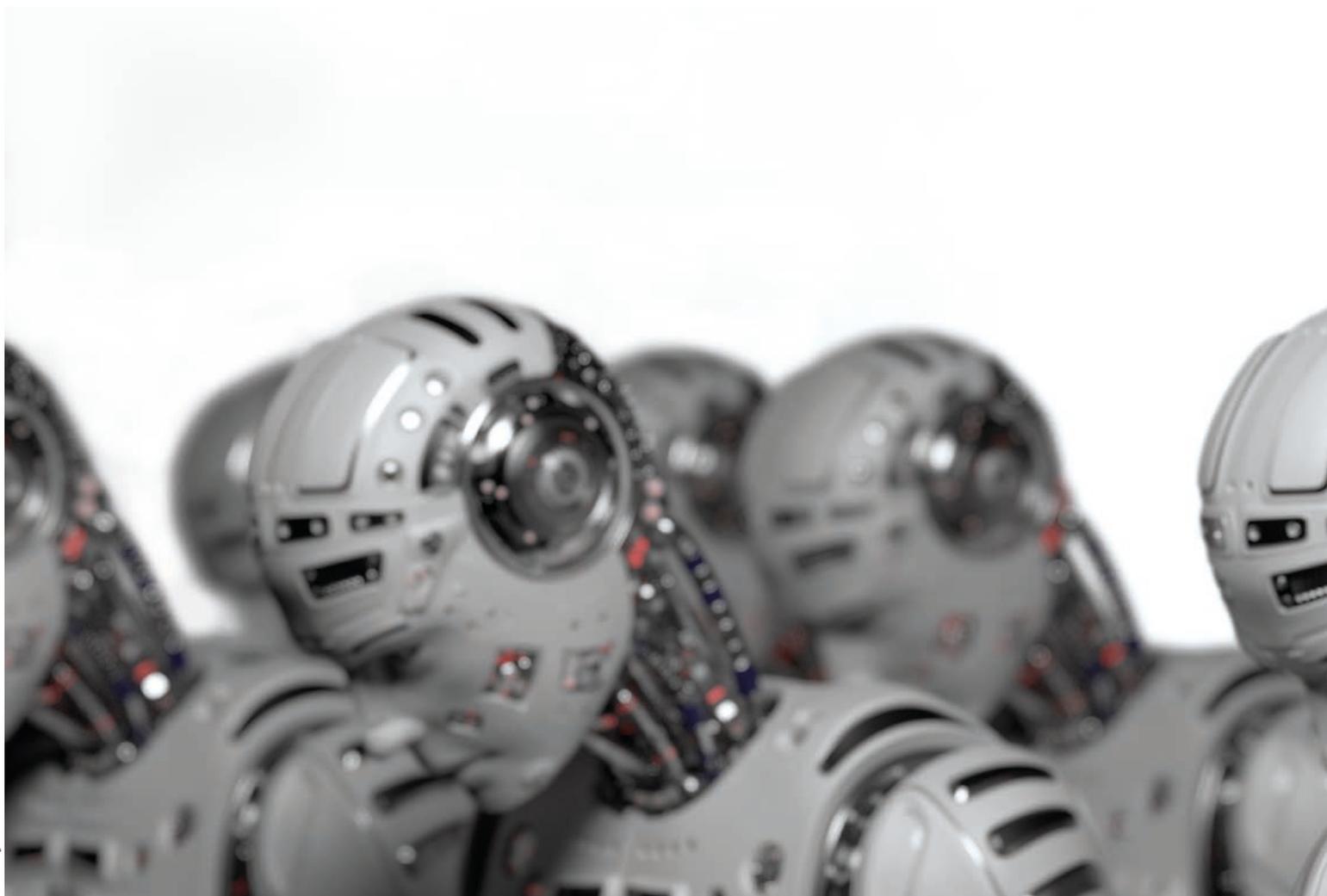
»Das entspricht meinen Beobachtungen.«

Das Zeug im Bahnhof zu deponieren, in einem anonymen Schließfach in der Gepäckaufbewahrung, war auch eine verdammt gute Idee gewesen. Zumal mittlerweile eine Menge alter Leute in Begleitung ihres Pflegeroboters reisten und Roboter, die sich an Schließfächern zu schaffen machten, kein seltener Anblick mehr waren.

»Aber nun hat sich ein Problem ergeben. Ein Hindernis. Dieses Hindernis ist die Polizei. Du weißt, was die Polizei ist?«

»Ja. Die Polizei ist eine staatliche Institution, an deren Vertreter ich mich wenden muss, sobald die mir anvertraute Person in eine Notlage gerät, die ich nicht aus eigener Kraft bewältigen kann.«

»So ist es. Aber es geht um etwas anderes. Die Polizei will nämlich nicht, dass jemand X-Euphorin bekommt. Das ist eine Vorschrift. So ähnlich wie die Vorschriften, die Doktor Gutmann dir immer gemacht hat, die Medikamente für Mama betreffend.«



»Eine Vorschrift ist eine allgemeine Handlungsempfehlung. Im Einzelfall kann es gerechtfertigt sein, davon abzuweichen, insbesondere dann, wenn andernfalls die anvertraute Person leiden müsste.«

»Ja, und das hier ist so ein Fall. Denn ich würde ganz schrecklich leiden, wenn du kein X-Euphorin verkaufst und mir kein Geld beschaffst. Aber – sollten Polizisten dich dabei erwischen, dann würden sie dich mir wegnehmen! Ich würde dich nie mehr zurückbekommen, und dann würde ich noch viel mehr leiden. Verstehst du?«

Die schimmernden Kunstaugen des Roboters betrachteten ihn eine Weile, ohne dass die Maschine sich rührte. Man hörte die Festplatte in seiner Brust leise rattern. Schließlich sagte der Roboter: »Ich darf mich also nicht von der Polizei erwischen lassen.«

»Richtig«, bekräftigte Weiß.

»Andernfalls würde die mir anvertraute Person leiden.«

»Richtig.«

»Diese Randbedingung werde ich von nun an beachten. Vielen Dank für die Instruktion.«

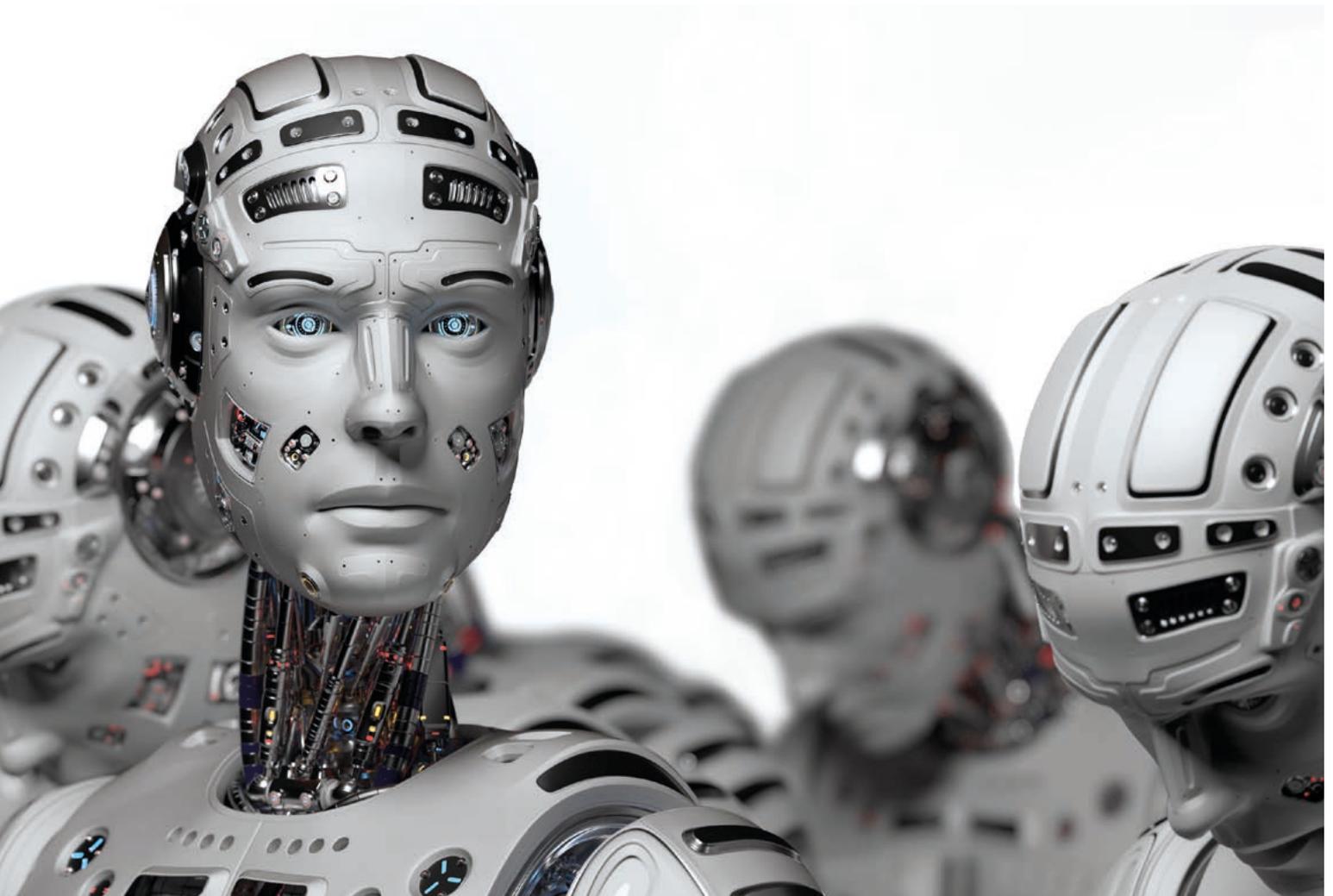
Weiß pfefferte die Festplatte mit dem Backup zurück in den Schrank und knallte die Türen zu.

»Gern geschehen«, sagte er. »Und jetzt raus mit dir, an die Arbeit!«

---

**Andreas Eschbach**

*ist Schriftsteller und gehört zu den erfolgreichsten europäischen Science-Fiction-Autoren. Seine Werke werden in zahlreiche Sprachen übersetzt und über den deutschen Sprachraum hinaus stark rezipiert. In seinem Roman „NSA – Nationales Sicherheits-Amt“, der wie viele seiner Vorgänger wochenlang auf der SPIEGEL-Bestsellerliste stand, spielt Künstliche Intelligenz eine zentrale Rolle.*





## SUPERINTELLIGENZ UND SINGULARITÄT:

# ÜBERNIMMT KÜNSTLICHE INTELLIGENZ DIE MACHT?



Von Thomas Ramge

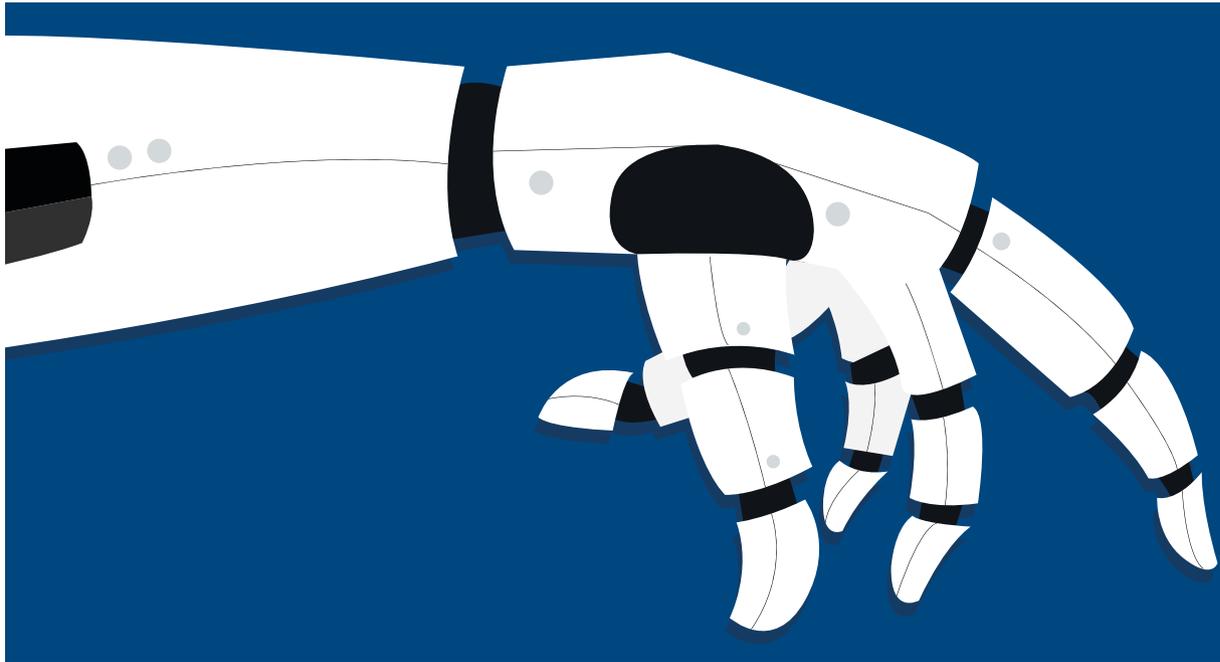
### HAL MACHT ERNST

**D**ie Besatzung der Discovery ist irritiert. Auf dem Weg zum Jupiter wirkt Supercomputer HAL 9000 immer neurotischer. Offenkundig irrt er sich bei der Fehleranalyse des Antennenmoduls. Oder täuscht er den Irrtum nur vor? Die Crew erwägt, HAL abzuschalten, was die Künstliche Intelligenz allerdings mitbekommt. Sie kann Lippen lesen, was die Raumfahrer aber nicht wissen. Der Computer beschließt, dass er seine Mission zum Mars ausführen muss: unbeirrbar und allein. Was bleibt ihm anderes übrig, als die Besatzung im Schlaf umzubringen. Den Astronauten Dave sperrt er bei einem Raumpaziergang aus. Dave gelingt es mit Tricks und Verstand, durch eine Notluke doch wieder ins Raumschiff zu gelangen und in den Maschinenraum vorzudringen. Dort schaltet er ein Rechenmodul nach dem anderen ab. HAL regrediert. Am Ende summt die Künstliche Intelligenz nur noch das Kinderlied »Daisy Bell«.

Die Szene stammt aus dem Roman „2001: Odyssee im Weltraum“ von Arthur C. Clarke. Weltberühmt wurde sie durch Verfilmung von Stanley Kubrick. Die Geschichte vom bösartigen Computer beruht auf einem alten Mythos: Der Mensch erschafft einen künstlichen Assistenten, der ihm dienen soll. Doch der Assistent übertrumpft seinen Schöpfer, indem er lernt zu lernen, schließlich eigene Interessen entwickelt und sich eigene Ziele setzt. Plötzlich geht der Golem um. Franksteins Kreatur war als Werkzeug konzipiert, doch sie wird zum Feind. In »Terminator« löst das Computersystem Skynet den Atomkrieg aus. Derartige Szenarien wecken Misstrauen gegen die Technologie – doch wie berechtigt ist diese Skepsis? Stellt KI eine Bedrohung für unser Wirtschaftssystem und unsere Demokratie dar?

### WETTBEWERB UND DATENMONOPOLKAPITALISMUS

Seit Karl Marx wissen wir: Im Kapitalismus gibt es eine Tendenz zur Marktkonzentration. Im Industriezeitalter halfen Skaleneffekte großen Unternehmen, immer größer zu werden. Henry Ford hat es vorge-macht: Je mehr T-Modelle er produzierte, desto günstiger konnte er den einzelnen Wagen anbieten. Je niedriger der Preis bei steigender Qualität, desto



schneller stieg der Marktanteil. Die erfolgreichsten Unternehmen der Massenproduktion übernahmen Konkurrenten, um durch Zusammenführung weitere Größenvorteile zu erzielen und gleichzeitig Wettbewerb zu vermindern. Regierungen verfügten im 20. Jahrhundert mit dem klassischen Kartellrecht allerdings über ein wirksames Werkzeug, Monopole zu verhindern – sofern sie es denn wollten.

Im durch den Digitalisierungsschub in den 1990er Jahren eingeläuteten Zeitalter von Wissen und Information kommen die Netzwerkeffekte immer stärker ins Spiel. Netzwerkeffekte erhöhen den Nutzen (digitaler) Dienste, je mehr Kunden der Dienst hat. Besonders den Betreibern digitaler Plattformen gelang es seitdem, Marktanteile zu erobern, von denen die Stahlbarone, Automobilhersteller oder Fertigungspizza-Anbieter nur träumen konnten. In den letzten zwanzig Jahren erschufen die Superstar-Firmen Microsoft, Apple, Amazon, Google, Facebook auf den digitalen Märkten der westlichen Welt Oligopolstrukturen, zum Teil sogar Quasimonopole. In Russland dominiert Yandex die meisten digitalen Märkte, in China stiegen Tencent, Baidu und Alibaba mit staatlicher Unterstützung zu de-facto-Monopolen auf. Nationales und europäisches Kartellrecht erweist sich als machtlos dagegen. Das ist

bereits heute höchst problematisch, aber es wird brandgefährlich für den Wettbewerb, wenn lernende Maschinen mit Feedbackdaten immer stärker zur Wertschöpfung beitragen. Künstliche Intelligenz ist der Turbomotor der Monopolisierung, weil sich die Produkte und Dienstleistungen mit eingebauter KI mithilfe von Feedbackdaten selbst verbessern. Je öfter sie genutzt werden, je mehr Marktanteile sie erobern, desto schwerer wird ihr Vorsprung aufzuholen sein. Die Innovation ist gewissermaßen im Produkt oder Geschäftsprozess eingebaut, was im Umkehrschluss heißt: Innovative Newcomer werden gegen die Platzhirsche der KI-getriebenen Wirtschaft nur noch in Ausnahmefällen eine Chance haben.

Ohne Wettbewerb kann keine Marktwirtschaft langfristig erfolgreich sein. Sie schafft sich selbst ab. Viktor Mayer-Schönberger, Professor für Internet Governance and Regulation an der Oxford University, hat mit mir gemeinsam in unserem Buch „Das Digital“ deshalb die Einführung einer progressiven Daten-Sharing-Pflicht für die Goliaths der Datenwirtschaft gefordert. Wenn digitale Unternehmen einen bestimmten Marktanteil überschreiten, müssen sie einen Teil ihrer (Feedback-)Daten mit ihren Wettbewerbern teilen – natürlich unter Beachtung

des Datenschutzes und damit meist anonymisiert. Die SPD hat diese Idee in ihrer Initiative für ein „Daten-für-alle-Gesetz“ aufgegriffen. Auch in der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen gibt es Bestrebungen, die Zugangsrechte zu Daten offener zu Regeln.

Daten sind der Rohstoff der Künstlichen Intelligenz. Nur wenn wir den breiten Zugang zu diesem Rohstoff sichern, werden wir dem Wettbewerb der Unternehmen und die Vielfalt der KI-Systeme langfristig ermöglichen. Das ist doppelt wichtig. Wettbewerb und Vielfalt sind nämlich auch die Voraussetzung dafür, dass wir der zweiten großen Gefahr im Zeitalter der schwachen KI begegnen: Die Übervorteilung des Einzelnen mithilfe der Manipulation von künstlich intelligenten Systemen.

## IN WESSEN INTERESSE HANDELT DER KI-AGENT?

In wenigen Jahren werden wir viele Alltagsentscheidungen an digitale Assistenten delegieren, deren Wissen auf Daten basiert. Die Systeme werden Toilettenpapier und Hauswein ordern, denn sie kennen unseren Verbrauch. KI wird unsere Geschäftsreise organisieren können und uns anbieten, alles nach kurzem Kontrollblick mit einem Klick zu buchen. Den einsamen Herzen werden sie Partner vorschlagen, die mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit interessant für sie sind, als die Vorschläge heutiger Single-Börsen. Doch wer garantiert uns, dass der Bot wirklich nach dem günstigsten Anbieter sucht? Vielleicht hat ein seltsamer Typ bei der Single-Börse ein Premiumpaket gebucht und wird deshalb algorithmisch bevorzugt? Und fährt das automatisierte Taxi uns an einem Elektronik-Shop vorbei, weil es weiß,



Illustration: EVZ/Adobe Stock

dass wir uns für eine 3-D-Brille interessieren? Auf der elektronischen Werbewand erschiene womöglich just in dem Moment eine Werbung für 3-D-Brillen, in dem wir das Geschäft passieren und noch genug Zeit dazu hätten, dem Autopiloten zu sagen: „Bitte kurz bei Elektronik-Markt halten!“ Oder würde gar eine Gesundheits-App falschen Alarm schlagen, um ein Medikament zu empfehlen, welches dann hoffentlich wenigstens nicht schädlich wäre?

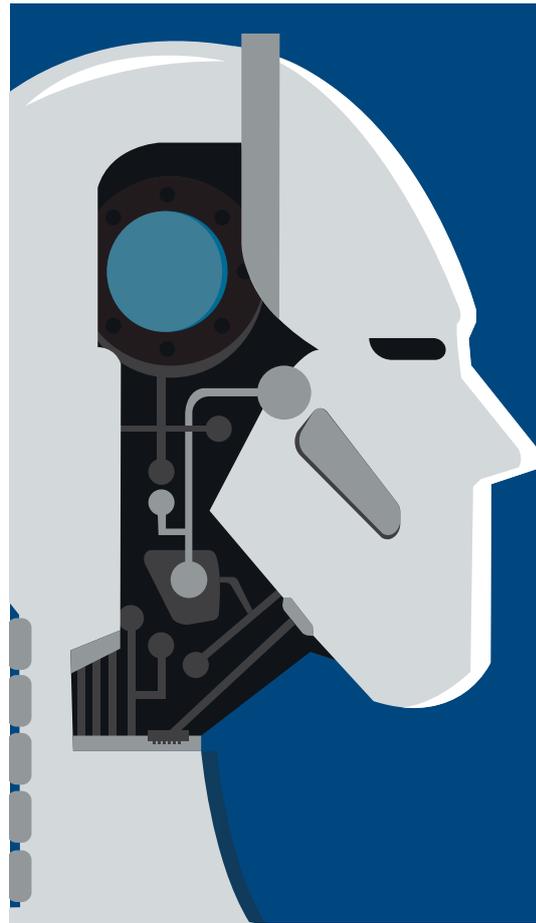
Zusammengefasst und etwas abstrakter formuliert stellt sich also die Frage: In wessen Interesse agiert der virtuelle Assistent? Heute werden die meisten Bots und digitalen Assistenten nicht von Unternehmen entwickelt und angeboten, die dem Kunden oder Nutzer neutral gegenüberstehen. In der Regel wollen sie im Auftrag ihrer Anbieter beraten und verkaufen.

Jeder Einzelne wird entscheiden müssen, wo er die Grenze zu maschineller Bevormundung ziehen möchte. Die Verantwortung gegen technologische Selbstentmündigung tragen wir zunächst selbst. Staat und Markt werden allerdings sicherstellen müssen, dass Kunden eine große Auswahl an Bots haben, die dem Prinzip der Neutralität folgen – so wie es bereits heute anbieterunabhängige Preissuchmaschinen tun. Dazu wird es neue Gütesiegel geben müssen – und unlautere manipulative oder gar betrügerische Agenten müssen vom Staat abgeschaltet werden. Das setzt freilich voraus, dass der Staat ein Rechtsstaat ist und nicht selbst Künstliche Intelligenz nutzt, um seine Bürger zu betrügen.

## DIE DIGITALE DIKTATUR

An der Schnittstelle von Staat und Bürger lauert die dritte und vielleicht die größte Gefahr: Massenmanipulation, Überwachung und Unterdrückung durch den staatlichen Missbrauch von schwacher KI. Das ist keine Science Fiction, in der eine Superintelligenz die Weltherrschaft übernimmt und den Menschen unterjocht. Die heute verfügbaren technischen Möglichkeiten für den perfekten Überwachungsstaat lesen sich eher wie ein Medley aus allen politischen Dystopie-Romanen seit George Orwells »1984«.

Die digitale Diktatur kombiniert Überwachungskameras mit automatischer Gesichtserkennung und weiß, wer bei rot über die Ampel geht. Dank autonomer Drohne kann die Überwachungskamera direkt folgen. Stimmerkennung bei Lauschangriffen identifiziert nicht nur, wer spricht. Das System kann auch noch sagen, in welchem emotionalen Zustand sich die sprechende Person befindet. Aus Fotos kann Künstliche Intelligenz mit hoher Trefferquote die sexuelle Präferenz herauslesen. Automatische Textanalyse in Sozialen Medien und



Chats identifiziert in Echtzeit, wo gerade subversiv geredet und gedacht wird. GPS- und Gesundheitsdaten aus Smartphones, Kredithistorie aus Zahlungsverkehr-Apps, digitalisierte Personalakten und polizeiliche Führungszeugnisse in Echtzeit liefern alle nötigen Informationen, um die Zuverlässigkeit eines Bürgers zu errechnen – und natürlich jede Menge Steilvorlagen für effiziente Geheimpolizeiarbeit. Über Social Bots zur Verbreitung personalisierter politischer Botschaften verfügt der digitale Allmachtstaat natürlich auch.

Tyrannische Herrschaft braucht keine digitalen Werkzeuge. Das haben alle Unrechtsregime der Weltgeschichte schonungslos unter Beweis gestellt. Doch im Zeitalter der intelligenten Maschinen stellt sich die Frage der Unterdrückung neu. Sie könnte viel subtiler daherkommen als in braunen Uniformen



Illustration: EYZ/Adobe Stock

Bräutigam in spe hilft eine gute Punktzahl, wenn er beim künftigen Schwiegervater um die Hand der einzigen Tochter anhält. Ein schlechter Score führt zu intensiverer Beobachtung durch die Überwachungsbehörden – und vielleicht ins Gefängnis oder Arbeitslager.

Verblüffend aus westlicher Sicht ist, dass viele Chinesen das System gar nicht so schlecht finden – besonders, wenn sie sich für anständige, den Regeln des verordneten Staatsverständnisses folgende Bürger halten und sich selbst Vorteile versprechen. Aber was passieren könnte, wenn bei uns radikale Parteien mit autoritärem Staatsverständnis an die Macht gelangen und die KI-Werkzeuge für Massenmanipulation in die Hand bekämen, sollte ein Alarmzeichen für westliche Demokratien sein.

mit schwarz-weiß-roter Armbinde. Und noch viel umfassender informiert sein, als die Herren in grauen Windjacken und Wartburgs in der DDR. Mithilfe von Daten kann der Staat den Bürger durch subtile, verhaltenspsychologische Tricks hin zu erwünschtem Verhalten nudgen.

Chinas Behörden sind bereits weit fortgeschritten mit dem Aufbau eines sozialen Scoring-Modells, bei dem das Wohlverhalten von Bürgern mit Punkten belohnt wird. Bei Fehlverhalten gibt es Punktabzug: privat an der roten Ampel, beruflich am Schreibtisch oder politisch am Smartphone mit einem falschen Post auf WeChat. Die staatlichen Sittenwächter haben dabei Zugriff auf alle Daten auf den Servern der privaten Unternehmen. Eine gute Bewertung – ausgedrückt in einem Scoring-Wert – hilft bei Beförderung und beim Kreditantrag. Einem

### **Thomas Ramge**

*ist Sachbuchautor und Wirtschaftsjournalist. Unter anderem schreibt er als Technologie-Korrespondent für das Wirtschaftsmagazin brand eins und arbeitet für The Economist. Digitalisierung, Innovation und neue Technologien zählen zu seinen Kernthemen: Dies stellt er auch in seinem jüngsten Buch „Mensch und Maschine. Wie Künstliche Intelligenz und Roboter unser Leben verändern“ unter Beweis.*

# WAS WIRD MAN WOHL NOCH SAGEN DÜRFEN?



Von Dr. Susanne Gaschke

**E**ins vorweg: Die Meinungsfreiheit in Deutschland ist formal nicht bedroht. Sie wird vielmehr von manchen Gerichten geradezu abenteuerlich weit ausgelegt, man denke nur an die Berliner Richter, die fanden, die Beleidigung der Grünen-Politikerin Renate Künast als „Drecksfotze“ sei sachbezogen. Niemand kommt hierzulande für seine Meinung ins Gefängnis – es sei denn, er verletzt geltende Gesetze, wie etwa das Verbot der Holocaust-Leugnung (§130, Abs.3 StGB). Sehr viele Menschen verbreiten im Internet anonym, was immer ihnen in den Sinn kommt – völlig ohne negative Folgen für sie selbst.

Trotzdem gilt beim Thema Meinungsfreiheit, wie in vielen anderen Lebenszusammenhängen, die Kernformel des Symbolischen Interaktionismus: „Wenn die Leute sagen, du bist pleite, dann bist du pleite.“ Wenn die Leute glauben, sie könnten ihre Meinung nicht frei äußern, ohne gesellschaftliche Ächtung befürchten zu müssen, dann werden sie es nicht tun. Vielleicht verbergen sie ihre wahren

Ansichten – man nennt das den „chilling effect“, zu Deutsch: vorauseilenden Gehorsam. Oder sie vermeiden heikle Gesprächsthemen: den Nationalsozialismus. Israel. Russland. Den Islam. Fragen der sexuellen Identität. Und so weiter. Vielleicht radikalisieren sie sich auch zusammen mit Gleichgesinnten, die sich ebenfalls (gern heißt es: vom System) unterdrückt fühlen.

Ist das öffentliche Klima in einen solchen Zustand geraten, dann steht es nicht mehr gut um den vernünftigen Diskurs. Schon gar nicht, wenn diejenigen, die sich auf der richtigen moralischen Seite wähnen, ihre politischen Gegner misstrauisch belauern und missgünstig nach deren Fehlritten suchen, um sie anschließend anzuprangern. In Deutschland – wie auch in anderen westlichen Demokratien, vielleicht besonders in den USA und Großbritannien – haben wir diese Situation inzwischen offenbar erreicht. Laut der Shell-Jugendstudie 2019 glauben fast 70% der Befragten zwischen 15 und 25 Jahren, man dürfe bei uns nichts Schlechtes über Ausländer sagen, wenn man nicht als Rassist beschimpft werden wolle. Das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelte im vergangenen Frühjahr in einer repräsentativen Umfrage, dass zwei Drittel der deutschen Bevölkerung das Gefühl haben, „sehr aufpassen“ zu müssen, zu welchem Thema sie sich äußern, denn es gebe „ungeschriebene Gesetze“, welche Meinungen akzeptabel und zulässig seien. Fast 60% der Befragten geht es laut Allensbach auf die

Nerven, „dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat.“

Ein groteskes Streit-Beispiel aus der Zeit des Jahreswechsels von 2019 auf 2020 illustriert, wie verdorben unser Meinungsklima bereits ist. Stein des Anstoßes war die mäßig witzige Umdichtung eines von vorneherein wenig witzigen Liedes. Zu „satirischen Zwecken“ sangen die Mitglieder des WDR-Kinderchores nicht nur „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“, sondern auch „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“. Weil sie einen SUV besitzt, auf Kreuzfahrt geht und Discounter-Kottelets isst.

Unter vernünftigen Erwachsenen hätte man sich vermutlich relativ leicht auf folgende Punkte verständigen können, erstens: Das ist keine brüllend komische Satire, nicht direkt in einer Liga mit Tucholsky, Kästner, dem frühen Harald Schmidt oder Horst Evers. Zweitens: Grundschulkinder etwas sagen (oder singen) zu lassen, das der Verbreitung einer politischen Botschaft dient, ist immer so eine Sache. Drittens: Man muss aber als Zuhörer schon auch sehr entschlossen sein, um sich durch diesen

Unfug persönlich gekränkt zu fühlen. Viertens: Als Strafe hätte es gereicht, den verantwortlichen Redakteur selbst alle eingegangenen Protestbriefe (die nicht von Bots stammen konnten) handschriftlich beantworten zu lassen.

Doch es passierte etwas anderes: Rechtes und linksliberales Lager gruben sich in ihre Schützengräben ein. Die Rechten, begeistert, etwas gegen den von ihnen heftig abgelehnten öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Hand zu haben, stellten nicht etwa die (berechtigte) Qualitätsfrage, sondern starteten eine digitale Empörungswelle, der sich im real life unter anderem die Bild-Zeitung anschloss. Tenor: Beleidigung einer ganzen Generation, öffentlich-rechtlicher Klima-Terror. Es gab sogar Demonstrationen; rechte Aktivisten entrollten auf dem WDR-Gebäude in Köln ein Banner mit der Aufschrift „WDRliche Medienhetze stoppen! GEZ sabotieren!“

Für die Linksliberalen war der Zug zu diesem Zeitpunkt natürlich längst abgefahren: Einfach nur „geschmacklos“ oder „dumm“ hätte man den Beitrag nun nicht mehr finden können. Denn jetzt wurde ja, von rechts, nichts weniger als die Freiheit der Kunst



Foto: wirefontgo/flickr

angegriffen, und natürlich die Pressefreiheit! Zum eigentlichen Skandalon entwickelte sich, dass WDR-Intendant Tom Buhrow für den Beitrag um Entschuldigung gebeten und der Sender das Video aus dem Netz genommen hatte. Der Spiegel führte eine Art Kreuzverhör mit ihm; der Deutschlandfunk räumte „Internetexperten“ viel Sprechzeit ein, um Solidarität für die WDR-Mitarbeiter zu fordern und vor „rechts“ zu warnen. WDR-Redakteure schrieben einen Brandbrief an ihren Intendanten; der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes distanzierte sich von Buhrow.

Wenn diese seltsame Eskalation ein Zeichen der Zeit ist, dann brauchen wir viele Diskussionen in Zukunft gar nicht mehr zu führen: Dann geht es nicht länger um das, was gesagt wird, sondern nur noch darum, wer es sagt.

Richtig ist, dass Rechte das Internet sehr gezielt und, wie der WDR-Fall zeigt, auch sehr erfolgreich für ihre Stimmungsmache einsetzen. Der Ton ist dabei meist aggressiv, verletzend, mitunter bedrohlich; Gegner sollen eingeschüchert und zum Schweigen gebracht werden. Auf der anderen Seite gibt es, besonders an manchen deutschen Hochschulen, eine schwer zu erklärende linksradikale Hegemonie. Die große Mehrheit der unpolitischen

Studenten mag Störaktionen gegen als „rechts“ verunglimpfte Professoren für falsch halten. Sie kämpft aber auch nicht für intellektuelle, freie Debatten. Beispiele für das Schweigen der Mehrheit und den Opportunismus mancher Universitätsleitungen gibt es genug: So hinderte in Hamburg ein radikaler Mob den AfD-Gründer Bernd Lucke (der sich freilich längst von seiner ehemaligen Partei distanziert hat) am Abhalten seiner Vorlesung. Bildungsministerin Katharina Fegebank und Universitätspräsident Dieter Lenzen vertraten die Auffassung, diese Art von „diskursiver Auseinandersetzung“ müsse die Universität aushalten – obwohl ja gerade jeglicher Diskurs durch die Störer verhindert wurde.

In Berlin drangsalierten radikale Studenten seit 2014 den renommierten Politikwissenschaftler und Sozialdemokraten Herfried Münkler: Er sei ein Sexist, ein Rassist, ein Imperialist. Sie besetzten sein Institut, beschmierten die Wände seines Lehrstuhlflores mit bedrohlichen Parolen und Zeichnungen; sie verfolgten ihn anonym auf einem Blog mit dem bürgerwehrtartigen Titel „Münklerwatch“.

Eine kleine trotzkistische Sekte treibt den Berliner Historiker Jörg Baberowski in den Wahnsinn, folgt ihm von Vortragsort zu Vortragsort und wiegelt dort Studentenvertretungen auf. Sabine Kunst, die



Foto: Opposition 24/Flücker

Präsidentin der Humboldt-Universität, konnte sich weder in diesen beiden noch in anderen Fällen zu einer kämpferischen Verteidigung der angegriffenen Wissenschaftler durchringen. Sie sieht sich als äquidistante „Vermittlerin“ zwischen beiden Seiten.

In Frankfurt wurde die Migrationsforscherin Susanne Schröter anonym gemobbt, weil sie im Mai 2019 eine Konferenz zur kulturellen und politischen Bedeutung des islamischen Kopftuchs organisierte. Denunziatorisch wurde im Internet gefordert, sie von ihrem Job als Leiterin des Forschungszentrums „Globaler Islam“ zu feuern. In Schröters Fall stellten sich allerdings sowohl die Universitätsleitung als auch die offizielle Studentenvertretung hinter sie – eine Ausnahme.

In Halle wurde der Hochschullehrer Johannes Varwick angegriffen, weil er es, als Experte für Sicherheitspolitik, gewagt hatte, einen Bundeswehrgeneral in sein Seminar einzuladen. Nicht-identifizierte Studenten plakatierten ihn in der ganzen Stadt mit ins Bild montierter Pickelhaube; die Hochschulleitung legte ihm nahe, doch gern einen Ruf an eine andere Universität anzunehmen.

An der Universität Vechta wurden die Veranstalter einer seit 1983 etablierten und beliebten Ringvorlesung von der Universitätsleitung unter Druck gesetzt. Ihr Vergehen: Sie hatten ein Fragezeichen hinter die Vorlesungs-Überschrift: „Wir schaffen das“ gesetzt.

An der Universität Siegen geriet der Philosophieprofessor Dieter Schönecker ins Sperrfeuer der Kritik, weil er im Wintersemester 2018/19 den AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Jongen und den Autor Thilo Sarrazin (trotz mehrerer Ausschlussverfahren immer noch SPD-Mitglied) zu seinem Seminar „Denken und denken lassen“ eingeladen hatte. Schönecker erhielt eine Morddrohung.

In Dresden wurde der Politikwissenschaftler Werner Patzelt als AfD-Freund stigmatisiert – was den Christdemokraten am Ende seine Seniorprofessur, vor allem aber ein von ihm konzipiertes Institut für „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ kostete. Patzelt ist ein Erzdemokrat, engagiertes Mitglied der CDU. Aber dem Dresdener Universitätsrektor war Distanzhalten offenbar weniger unangenehm, als Solidarität mit einem als „rechts“ stigmatisierten Wissenschaftler zu zeigen. „Viele derjenigen, die an den Universitäten Verantwortung tragen, wollen keinen Ärger mit protestierenden Studenten und neigen deshalb zum Opportunismus, bisweilen zur Feigheit“, sagt Patzelt: „Diese Form der Bequemlichkeit gehört nun einmal zu den Eigentümlichkeiten der

besonderen Spezies der Hochschullehrer.“ Die Furchtsamkeit seiner Kollegen führt er auch auf Veränderungen in der Medienlandschaft zurück: „Früher war ein großer Teil der Medien konservativ oder rechts der Mitte. Heute sind die meisten Medien linksliberal oder linksgrün, also links der Mitte der Bevölkerung. Damit ist die kommunikative Wucht derer, die ‘rechte Thematisierungen’ verhindern wollen, erheblich größer als früher.“

Auffällig an den linken Störern vermeintlich rechter Veranstaltungen sei ihre Diskursverweigerung, sagt Herfried Münkler: „Der Unterschied zwischen 1968 und heute besteht darin, dass die Achtundsechziger-Studenten um jeden Preis diskutieren wollten. Heute schlagen die radikalen Studenten aus der Anonymität des Internets zu. Sie versuchen, Reputationen zu zerstören, Leute mundtot zu machen – und sie verweigern sich jeder Diskussion.“

ZEIT-Autorin Mariam Lau führt die aktuelle Aggressivität im Meinungsklima darauf zurück, dass es in Deutschland viele Jahre lang kein ernst zu nehmendes „Rechts“ gegeben habe: „Jetzt gibt es das wieder“, sagt sie: „eine eloquente, wütende, artikulierte Rechte, und obendrein eine Menge neuer Nazis. Mit dieser Situation können viele noch nicht richtig umgehen.“

Für die Demokratie ist eine Stimmung, die zwischen moralischer Erregung und Gesprächsverweigerung schwankt, gefährlich. Jürgen Habermas definiert als eine der Regeln des rationalen Diskurses die „Problematisierbarkeit aller Themen und Meinungen“. Der Philosoph Karl Popper („Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“) schreibt: „Die einzige rationale Einstellung zur Geschichte der Freiheit besteht in dem Eingeständnis, dass wir es sind, die für sie die Verantwortung tragen.“ Wir werden uns mehr anstrengen müssen.

### **Dr. Susanne Gaschke**

*arbeitet als Journalistin, Autorin und Publizistin. Von 1997 bis 2012 war sie als Redakteurin der Wochenzeitung Die Zeit tätig. Von 2012 bis 2013 hatte Sie das Amt der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel inne. Seit 2015 arbeitet Gaschke als Autorin der Welt und verfasst zudem Beiträge für den Deutschlandfunk und die Neue Zürcher Zeitung.*



# DIE STIEFMÜTTERLICHE BEHANDLUNG DER KOMMUNALPOLITIK



Von Prof. Manfred Güllner

Im Vergleich mit den beiden Ebenen der „großen“ Politik – Bund und Länder – wird die kommunale Politikebene im öffentlichen Diskurs, von Teilen der Politik, aber auch von der Wahlforschung eher stiefmütterlich behandelt. Während für die Erforschung der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse der Bürger bei Bundestags- und Landtagswahlen regelmäßig Daten erhoben werden und mithilfe dieser Datenfülle viel Wissen über den Wähler, sein Verhalten und seine Motivation vorhanden ist, sind die Informationen über kommunales Wahlverhalten äußerst bruchstückhaft. Entsprechend wird kaum über die Entscheidungen der Bürger bei lokalen Wahlen diskutiert.

Dass die kommunale Politikebene so stiefmütterlich behandelt wird, dürfte auch damit zusammenhängen, dass ein Großteil der Medien und der politischen Akteure, aber auch viele Wahlforscher die Wahlentscheidung der Bürger auf kommunaler Ebene als bloßen Reflex des politischen Gesamtsystems

und der jeweiligen politischen Großwetterlage ansehen, sodass man kommunale Wahlen nicht als autonome Entscheidungsebene mit spezifischen Verhaltensmustern beachten muss. Doch in Wirklichkeit ist die lokale Politik für die Bürger kein bloßer Reflex des politischen Gesamtsystems, sondern sie wird als eigenständige Politikebene wahrgenommen, an die ganz andere Erwartungen als an die Landes- oder Bundespolitik vorhanden sind. Wäre das nicht so, würde man den Bürgern unterstellen, dass sie nicht schlau seien und bei den verschiedenen Wahlen nicht wüssten, um was es dabei jeweils geht.

Dass die Bürger aber schlau sind und sich bei lokalen Wahlen in erster Linie nicht am Zustand der Parteien auf Bundes- oder Landesebene orientieren, sondern am Zustand der Parteien in der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde und deren inhaltlichen und personalen Angeboten, zeigt allein ein Blick auf die großen Differenzen der Wahlergebnisse bei Kommunalwahlen zwischen den einzelnen Gemeinden, Städten und Kreisen. Während bei Bundestags- und Landtagswahlen die Veränderungsraten in den einzelnen regionalen Einheiten weitgehend ähnlich sind und dem generellen Trend auf Landes- bzw. Bundesebene entsprechen, unterscheiden sich die

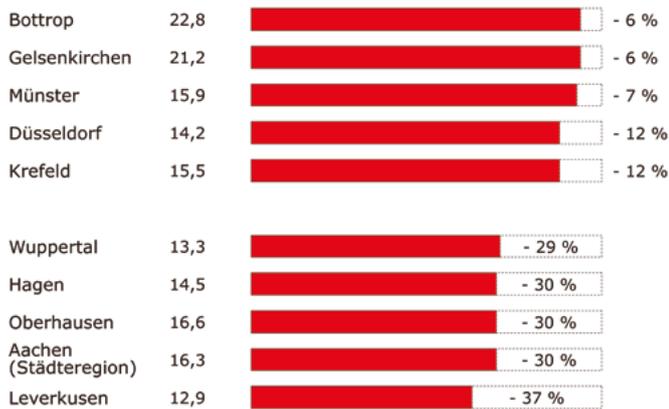
Ergebnisse bei Kommunalwahlen deutlich zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften.

Das zeigt sich beispielsweise schon bei einem Vergleich der Wählermobilisierung von SPD und CDU bei der letzten Kommunal- und Bundestagswahl in den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens. In Städten wie Bottrop, Gelsenkirchen oder Münster entsprach die Zahl der SPD-Wähler bei der Kommunalwahl 2014 fast der bei der Bundestagswahl 2017 – und das trotz deutlich niedriger Wahlbeteiligung bei der lokalen Wahl. In allen 3 Städten lag die Zahl der SPD-Stimmen 2014 nur knapp – 6% bzw. 7% – unter der Zahl der SPD-Stimmen von 2017. Die SPD konnte also in diesen 3 Städten ihr bei der Bundestagswahl mobilisiertes Wählerpotential zu 94% bzw. 93% auch bei der Kommunalwahl zum Gang zur Wahlurne bewegen. In anderen kreisfreien Städten aber gelang das der SPD nicht: In Wuppertal, Hagen, Oberhausen oder der Stadtregion Aachen lag die Stimmenzahl der SPD bei der Kommunalwahl 2014 um 30%, in Leverkusen sogar um fast 40% unter der der Bundestagswahl 2017.

Auch bei der CDU zeigen sich diese großen Differenzen. In einer Stadt wie Hamm konnte die CDU bei der Kommunalwahl 2014 fast ebenso viele Wähler wie bei der Bundestagswahl 2017 zur Wahl der CDU bewegen. In Herne, Bottrop, Mülheim an der Ruhr, Duisburg oder Gelsenkirchen aber lag die Stimmenzahl der CDU bei der Kommunalwahl um rund 40% unter der bei der Bundestagswahl 2017.

**Die 5 kreisfreien Städte in NRW mit der höchsten und niedrigsten Mobilisierung\* der SPD-Wähler**

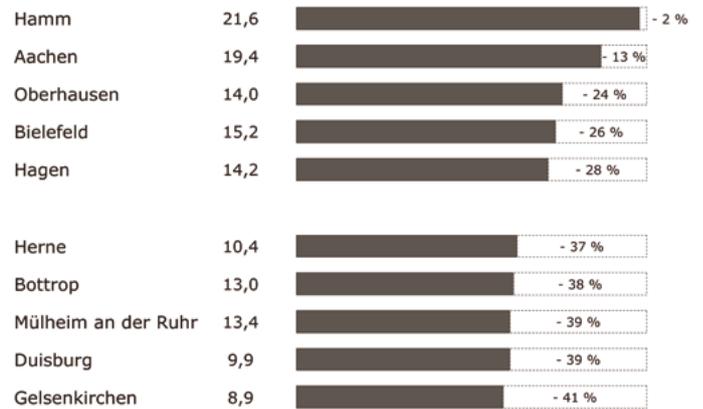
SPD-Anteile bei der Kommunalwahl 2014 (in % der Wahlberechtigten)



\* Anteil der SPD-Stimmen bei der Kommunalwahl 2014 im Verhältnis zu den SPD-Stimmen bei der Bundestagswahl 2017  
Quelle: forsa

**Die 5 kreisfreien Städte in NRW mit der höchsten und niedrigsten Mobilisierung\* der CDU-Wähler**

CDU-Anteile bei der Kommunalwahl 2014 (in % der Wahlberechtigten)

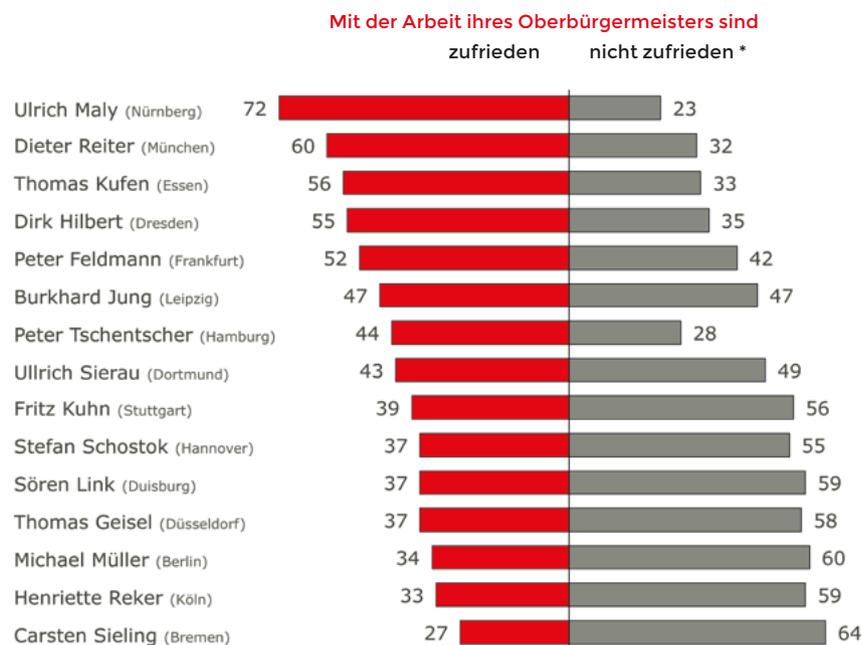


\* Anteil der CDU-Stimmen bei der Kommunalwahl 2014 im Verhältnis zu den CDU-Stimmen bei der Bundestagswahl 2017  
Quelle: forsa

**D**ass die Urteile der Bürger über die vor Ort agierenden Parteien und politischen Akteure in jeder Kommune anders ausfallen, zeigen sehr deutlich auch die Ergebnisse der – allerdings nicht so regelmäßig wie auf Bundes- und Landesebene – durchgeführten Umfragen in einzelnen Städten und Gemeinden. Allein der Anteil derer, die gerne in ihrem Wohnort wohnen, schwankt extrem. So wohnen in den kreisangehörigen Gemeinden Bayerns über 90% gern in ihrer Gemeinde, in einigen Städten des Ruhrgebiets aber nur 65%. Extrem unterschiedlich fallen auch die Urteile über die Arbeit der Oberbürgermeister in den urbanen Metropolen aus. So waren 2018 mit der Arbeit des Nürnberger Oberbürgermeisters Ulrich Maly 72%, mit der des Münchener Oberbürgermeisters Dieter Reiter 60% und mit der des Essener OB Thomas Kufen 56% zufrieden. In Berlin waren jedoch nur 34% mit der Arbeit des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller, in Köln nur 33% mit der Arbeit von Oberbürgermeisterin Henriette Reker und in der Stadt Bremen nur 27% mit der Arbeit des damaligen Bremer Bürgermeisters Carsten Sieling zufrieden.

Dass die Politik in den Kommunen von den Bürgern keinesfalls nur als Wurmfortsatz der „großen“ Politik, sondern als wichtige, eigenständige Politikenebene wahrgenommen wird, zeigt sich auch am unverändert großen Interesse am politischen Geschehen in der Kommune, das ähnlich groß ist wie das am Geschehen im jeweiligen Bundesland, in Deutschland oder der Welt insgesamt. In einer aktuellen Studie für den Bayerischen Gemeindetag gaben 62% der Bewohner in den kreisangehörigen Gemeinden Bayerns an, sie würden sich stark oder sogar sehr stark für das politische Geschehen in ihrer Gemeinde interessieren. Bemerkenswert ist dabei, dass sich trotz Verbreitung der neuen Medien viele Bürger über das lokale Geschehen weiterhin über die klassischen Medien wie die Lokalzeitung (ob gedruckt oder im Internet) und – was häufig außer Acht gelassen wird – durch persönliche Gespräche mit Bekannten, Nachbarn oder Arbeitskollegen informieren.

### Zufriedenheit mit der Arbeit der Oberbürgermeister in den 15 größten deutschen Städten



\* an 100 % fehlende Angaben = „weiß nicht“

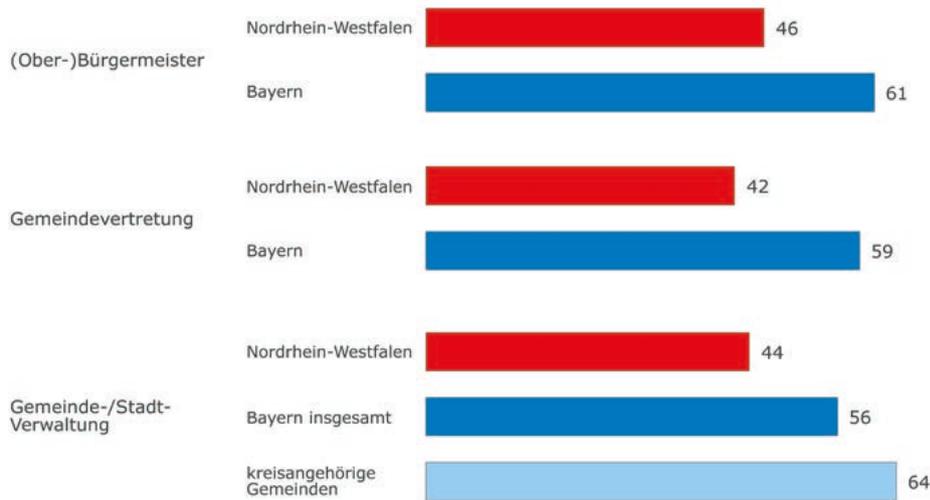
Quelle: forsa-Repräsentativerhebung vom 24. Juli bis 15. August 2018 (9.051 Befragte)

Durch das große Interesse am lokalen Geschehen sind auch die Mandatsträger vor Ort bekannter als auf Landes- oder Bundesebene. So kennen in den kreisangehörigen Gemeinden Bayerns über 90% ihren Bürgermeister und über 70% ein Mitglied des Stadt- bzw. Gemeinderats. Ihren Landtags- bzw. Bundstagsabgeordneten kennen 50% bzw. 42%. Die Bürger haben zu den politischen Institutionen auf kommunaler Ebene auch vergleichsweise ein etwas größeres Vertrauen: So haben im aktuellen Institutionen-Vertrauensranking, das forsa seit 15 Jahren regelmäßig durchführt, 48% aller Bundesbürger großes Vertrauen zum Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister sowie zur politischen Gemeindevertretung und 47% zur Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung. Zum Bundestag haben hingegen aktuell nur 41% und zur Bundesregierung nur 34% großes Vertrauen. Allerdings sind auch beim Vertrauen

in die kommunalen Institutionen regionale Unterschiede festzustellen: In Bayern ist das Vertrauen sowohl zum Bürgermeister als auch zur politischen Gemeindevertretung und zur Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung größer als in Nordrhein-Westfalen. Diese im Vergleich zu Bayern generell geringeren Zufriedenheitswerte mit der lokalen Politikebene in Nordrhein-Westfalen dürften darauf zurückzuführen sein, dass in Nordrhein-Westfalen eine radikale Gebietsreform durchgeführt worden ist, die die tradierten lokalen Identitäten zerstört hat und deren Folgen bis heute nachwirken. In Bayern sind jedoch diese Identitäten in den nicht zusammengelegten 2.000 Gemeinden erhalten geblieben.

**Vertrauen zu kommunalen Institutionen, Angaben in %**

Es haben großes Vertrauen zu/zum/zur



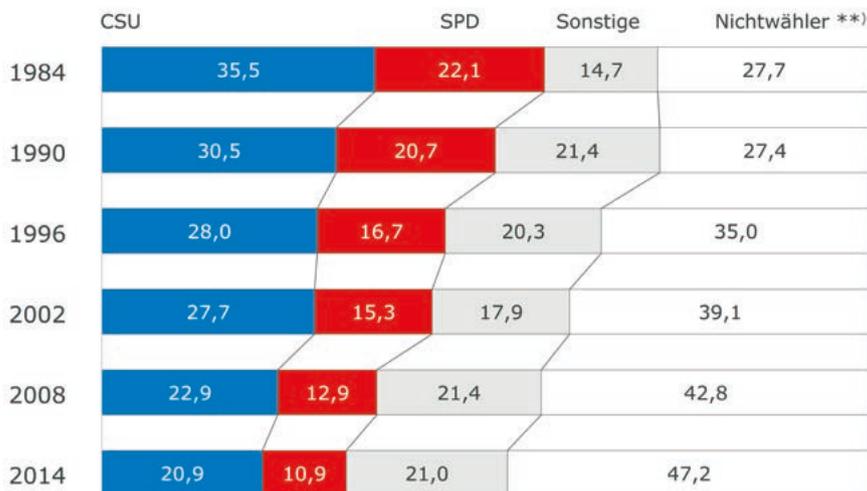
Quelle: forsa

**A**ngesichts des insgesamt recht großen Vertrauens zur lokalen Politikebene und zu den politischen Akteuren vor Ort ist verwunderlich, dass die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in den letzten Jahren drastisch und in viel höherem Maße als bei Bundestagswahlen zurückgegangen ist. Dadurch ist auch die Zahl der Wähler der früheren Volksparteien SPD und CDU bzw. CSU stark zurückgegangen. In den meisten Bundesländern beteiligen sich an Kommunalwahlen oft nur die Hälfte oder noch weniger der Wahlberechtigten. Selbst in Bayern mit im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittlich hoher Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen vor Ort und einem überdurchschnittlich großen Vertrauen zu den politischen Akteuren ist die Wahlbeteiligung seit 1990 kontinuierlich gesunken. Bei der letzten Kommunalwahl 2014 betrug der Anteil der Nichtwähler (einschließlich der ungültigen Stimmen) über 47%. Damit war die Zahl der Nichtwähler deutlich größer als die Zahl der CSU- und SPD-Wähler zusammen: Die CSU wurde 2014 nur noch von 21, die SPD von 11 von 100 Wahlberechtigten gewählt.



Foto: Christian Schwier/Adobe Stock

#### Wähler und Nichtwähler in Bayern\* 1984-2014 (in % der Wahlberechtigten)



\* Wahl der Kreistage und Stadträte in den kreisfreien Städten

\*\* einschließlich ungültige Stimmen

Quelle: forsa

Die immer größer gewordene Zahl der Nichtwähler bei kommunalen Wahlen dürfte die Reaktion der Bürger darauf sein, dass die Parteien nicht mehr wie früher die Kommunen als eigenständige Politikebene behandeln, an die die Bürger andere Erwartungen haben als an die Landes- oder Bundespolitik. So klaffen die Erwartungen der Bürger an die Gremien der kommunalen Politik und das tatsächliche Verhalten der Politiker immer weiter auseinander. Schon in den 1980er Jahren hatten Untersuchungen gezeigt, dass sich die Bürger zu neun Zehnteln auf lokaler Ebene im Unterschied zur Landes- und Bundespolitik ein eher harmonie-orientiertes Politikmodell wünschen. Doch fast die Hälfte der damals von der Konrad-Adenauer-Stiftung in den NRW-Großstädten befragten CDU-Mandatsträger zeigte eine starke Neigung zu einem konfliktorientierten Politikmodell – auch auf lokaler Ebene. Seither orientieren sich immer weniger Kommunalpolitiker an den konkreten Bedürfnissen und Interessen der Bürger vor Ort und erfüllen nicht mehr die Erwartungen an eine weitgehend ideologiefreie Kommunalpolitik. Stattdessen zieht immer mehr „große Politik“ mit entsprechenden Symbolen (Koalitionsbildungen, ideologische Konfrontationen, etc.) in die Rathäuser ein. Die Bürger bekommen zunehmend den Eindruck, dass ideologische Dogmen und Kontroversen in den Gemeindeparlamenten die Oberhand gewinnen.

Dadurch wurde der Vertrauensverlust der Parteien auf lokaler Ebene immer größer. Das traf vor allem die SPD, die traditionell stärkeres Vertrauen auf regionaler und lokaler Ebene besaß als die CDU (wobei die CSU ähnlich wie die SPD auch auf lokaler Ebene verankert war). In den einstigen SPD-Hochburgen, den urbanen Metropolen mit mehr als 500.000 Einwohnern, hatte die SPD seit den Kommunalwahlen Mitte der 1960er Jahre bis zu den Kommunalwahlen, die zwischen 2014 und 2019 stattgefunden haben, einen Stimmenrückgang von über 60 % zu verzeichnen. Bei den Wahlen Mitte der 1960er Jahre wurde die SPD in den urbanen Metropolen noch von fast 40 % aller Wahlberechtigten gewählt, bei den Kommunalwahlen zwischen 2014 und 2019 aber nur noch von 16 von 100 Wahlberechtigten. Die größten Verluste hatte die SPD mit einem Stimmenrückgang von über 70 % in Frankfurt am Main sowie in Stuttgart und im West-Teil von Berlin zu verzeichnen. Der Vertrauensrückgang der CDU bzw. CSU in den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern war mit rund 47 % etwas geringer.

**Entwicklung des Wahlverhaltens in den urbanen Metropolen\* seit Mitte der 1960er Jahre**

CDU- (CSU-)Wähler  
(in % der Wahlberechtigten)  
bei Kommunalwahlen zwischen

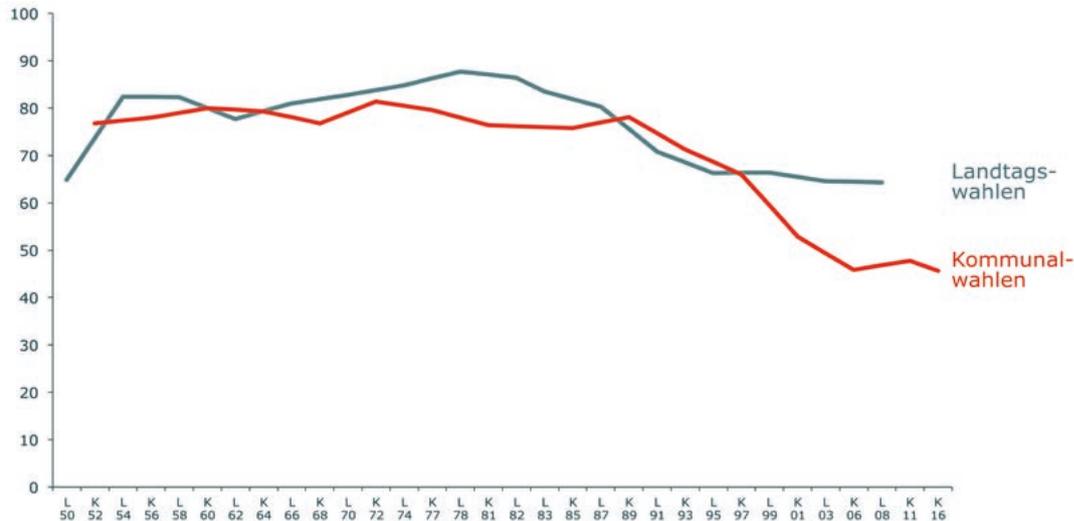


SPD-Wähler  
(in % der Wahlberechtigten)  
bei Kommunalwahlen zwischen



\* Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern in den alten Bundesländern (einschließlich Duisburg, wo die Einwohnerzahl 2014 unter die 500.000-Grenze gesunken ist)  
Quelle: forsa

### Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen in Hessen 1950 bis 2016



Quelle: forsa

Die Entfremdungstendenzen zwischen den Bürgern und der Kommunalpolitik wurden auch noch verstärkt durch vielfältige zum Teil „hirnrisige“ Experimente mit den kommunalen Wahlverfahren. Am Beispiel Hessen kann das exemplarisch verfolgt werden. Solange es in Hessen bei Kommunalwahlen ein Verhältniswahlrecht mit einer Stimme für eine Partei gab, war die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ähnlich hoch wie bei Landtagswahlen. Doch als zunehmend angeblich bürgerfreundliche personalisierte Elemente eingeführt wurden (von der Direktwahl und Abwahl von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern bis hin zu der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens) sank die Wahlbeteiligung kontinuierlich. Und wenn in Frankfurt am Main die Bürger 93 Stimmen auf einem Stimmzettel mit einer Breite von 1,52 Metern zu vergeben haben, wird das nicht als Bereicherung, sondern als Zumutung empfunden – mit der Folge, dass sich in Frankfurt bei der letzten Kommunalwahl 2016 63% gar nicht mehr an der Wahl beteiligten.

Setzen sich die geschilderten Entfremdungstendenzen zwischen Bürgern und der Kommunalpolitik weiter fort, besteht für die Kommunalpolitik die Gefahr, gegenüber der Bundes- und Landesebene weiter an Bedeutung zu verlieren.

Um dies zu verhindern, müsste sich die Kommunalpolitik mit ihren Akteuren vor Ort wieder stärker an den Bedürfnissen und Interessen der Bürger orientieren und weniger an der „großen Politik“ entstammenden ideologischen Dogmen oder kurzatmigen Modetorheiten (wie häufig in der Verkehrspolitik praktiziert). Vor allem die lange Zeit „großen“ Parteien SPD und CDU. Aber auch eine bisher eher „kosmopolitisch“ orientierte Partei wie die Grünen müsste sich der Bedeutung der Kommunalpolitik für die Bürger und letztendlich für das gesamte politische System der Bundesrepublik wieder bewusst werden und Rücksicht darauf nehmen, dass Kommunalpolitik nicht zu einer bloßen Plattform politischer Taktik für landes- und bundespolitische Ziele degradiert und missbraucht werden darf.

#### **Prof. Manfred Güllner**

ist Gründer und Geschäftsführer der forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH. Das Meinungsforschungsinstitut gehört in ganz Deutschland zu den führenden Instituten. Darüber hinaus ist Güllner Honorarprofessor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin sowie ein bekanntes Mitglied der SPD.



# KI

## „MADE IN GERMANY“



Interview mit Dorothee Bär

*Wenn in Deutschland über künstliche Intelligenz gesprochen wird, hört man oft, dass die Bundesrepublik von China und den USA bereits abgehängt ist. Sind wir tatsächlich so schlecht aufgestellt?*

**DOROTHEE BÄR (D. B.):** Nein, wir sind ein starker Forschungs- und Innovationsstandort – auch im Bereich KI. Die KI-Spitzenforschung wird maßgeblich von deutschen Forscherinnen und Forschern vorangetrieben. In Europa werden insgesamt mehr wissenschaftliche Arbeiten zu KI veröffentlicht als in den USA oder China. Wenn es um KI-Patentanmeldungen geht, ist die Fraunhofer-Gesellschaft die am besten platzierte europäische Forschungsorganisation. Beim automatisierten Fahren stammen sogar 58% der Patentanmeldungen aus Deutschland! Was aber stimmt: Beim Transfer in innovative Produkte und Dienstleistungen müssen wir weiter an Handlungsschnelligkeit gewinnen. Im Rahmen der Strategie Künstliche Intelligenz haben wir deshalb im letzten Jahr zahlreiche Maßnahmen gestartet, die den Transfer in die Praxis beschleunigen – etwa durch Innovationswettbewerbe, KI-Trainer für KMU (kleine und mittlere Unternehmen), Gründungsförderung oder Reallabore.

*Erstes Ziel der KI-Strategie der Bundesregierung ist es, dass künstliche Intelligenz „Made in Germany“ zum weltweit anerkannten Gütesiegel wird. Wie genau soll das gelingen?*

**D. B.:** KI „Made in Germany“ – oder KI „Made in Europe“ – ist auf den Menschen ausgerichtet. Sie soll sicher und vertrauenswürdig sein, Manipulation und Übervorteilung des Einzelnen vorbeugen, Wettbewerb und Vielfalt erhalten. Damit das gelingt, müssen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern auf klare Richtlinien und Regeln verständigen. Mit den Ethik-Richtlinien der EU oder den Prinzipien auf OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)- und G20-Ebene haben wir hier wichtige Schritte gemacht. Es ist entscheidend, dass wir in Europa die Kräfte bündeln, um selbstbestimmt einen europäischen Weg gehen zu können und damit ein Gegengewicht zu globalen Wettbewerbern zu schaffen. Schließlich gilt: Nur wenn wir innovative Anwendungen selbst auf den Markt bringen, können wir sie auch nach unseren Werten und Maßstäben gestalten.

*Stichwort Investitionen: Weltweit wird zurzeit massiv in den Ausbau künstlicher Intelligenz investiert. Die nationale KI-Strategie sieht insgesamt 3 Milliarden Euro bis 2025 vor. Ist das nicht etwas wenig, wenn man im Vergleich bedenkt, dass allein die chinesische Stadt Tijan für die Förderung der Technologie Ausgaben in Höhe von 12,8 Mrd. Euro plant?*

**D. B.:** Investitionen in Höhe von 3 Milliarden Euro für KI sind ein starker Impuls, der auch eine Hebelwirkung auf weitere – privatwirtschaftliche oder staatliche – Akteure entfalten wird. Damit sind wir zum Beispiel in der Lage, die Förderung der KI-Kompetenzzentren in Deutschland zu verdoppeln, 100 neue Professuren einzurichten, KI-Pilotprojekte in Schlüsselbereichen unserer Wirtschaft voranzutreiben und unsere KMU bei der digitalen Transformation zu unterstützen. Und wir fangen nicht bei Null an: Die neuen Maßnahmen und Programme treffen in Deutschland auf ein leistungsstarkes Bildungs- und Innovationssystem und auf etablierte Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Dennoch ist richtig: Um mit den globalen Wettbewerbern Schritt halten zu können, müssen wir in Europa unsere Ressourcen und Kompetenzen bündeln.

*Schwenken wir zum Arbeitsmarkt: Laut des Berichts „The Future of Jobs“, den die Stiftung Weltwirtschaftsforum (WEF) veröffentlicht hat, erledigen bis 2025 mehr Roboter Aufgaben als Menschen. Bislang werden noch 71 % der Arbeitsstunden von Menschen verrichtet. Der Studie zufolge soll dieser Anteil bis zum Jahr 2025 auf 48 % fallen. Wie soll der deutsche Arbeitsmarkt das kompensieren?*

**D. B.:** Insgesamt sind die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt noch nicht abzusehen: Studien, die in einer „Netto-Betrachtung“ auch die Potenziale für neue Arbeitsplätze berücksichtigen, sehen für DEU (Deutschland) insgesamt keine negativen Beschäftigungseffekte durch die Automatisierung. Arbeitsplätze und Anforderungen werden sich aber verändern. Zudem bieten Digitalisierung und Automatisierung große Chancen, den demografisch bedingten Mangel an Arbeitskräften abzufedern. Wir begleiten diesen Prozess bereits intensiv. Einige Beispiele sind das Qualifizierungschancengesetz, die Nationale Weiterbildungsstrategie und zahlreiche Initiativen und Förderprogramme im Bereich der „Berufsbildung 4.0“.

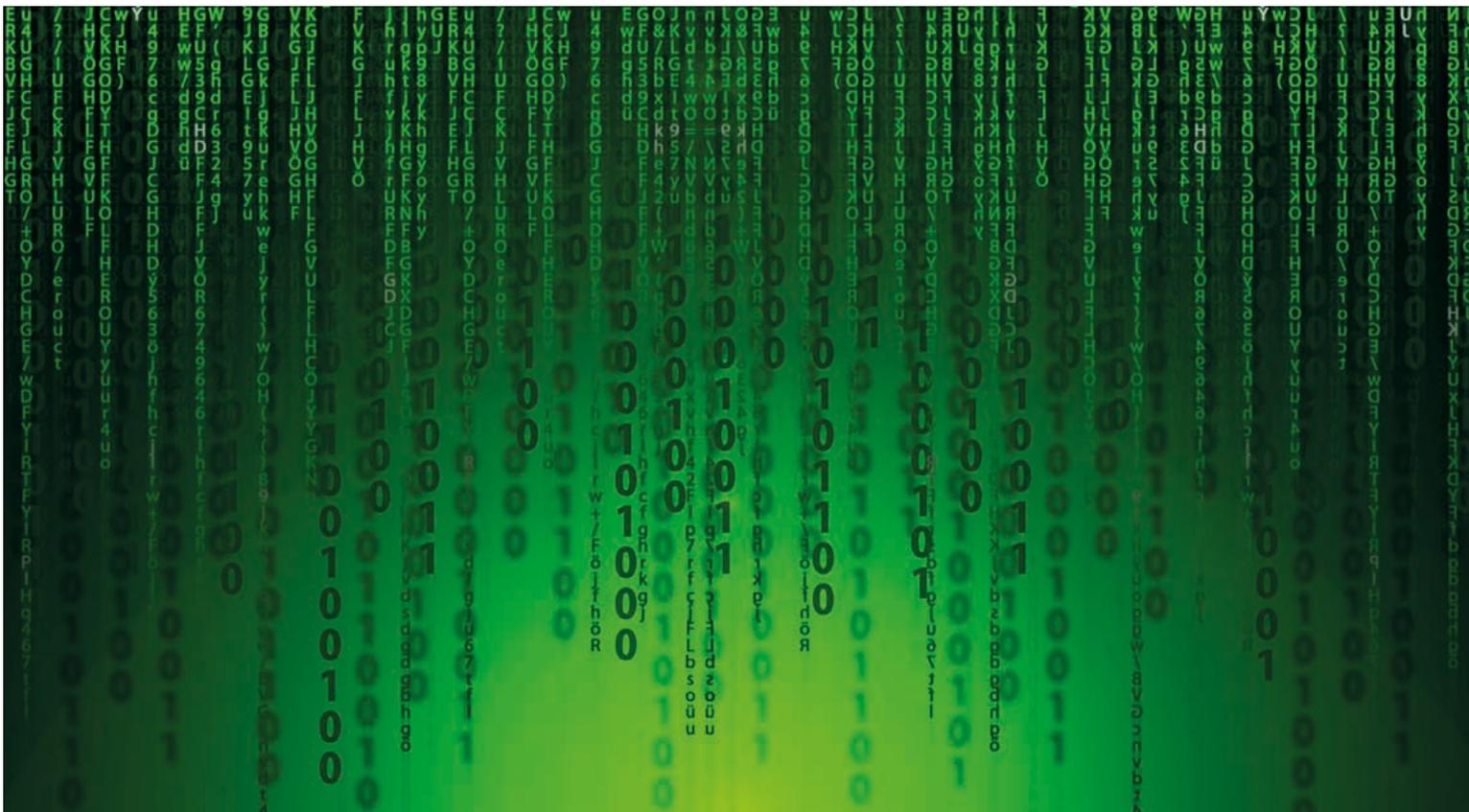


Foto: Pixabay

*Zu den Folgen für den Arbeitsmarkt kommen die zivilgesellschaftlichen Implikationen: In den USA existieren bereits intelligente Algorithmen, die Menschen bestimmter Hautfarbe oder Herkunft diskriminieren. Wie stellen wir sicher, dass beispielsweise Versicherungen oder Banken keine Algorithmen einsetzen, die Menschen aufgrund bestimmter Kriterien bei der Vergabe von Krediten oder Policen benachteiligen?*

**D. B.:** Dafür müssen wir Licht in die „Blackbox“ KI bringen: Wir müssen noch besser verstehen, wie Algorithmen lernen und wie die Trainingsdaten die Ergebnisse beeinflussen. Deshalb fördern wir die Forschung zu „Erklärbarer KI“. Auch auf internationaler Ebene wird hierzu intensiv gearbeitet: Die EU-Ethik-Leitlinien zu KI enthalten unter anderem Empfehlungen für technische Verfahren zur Gewährleistung einer vertrauenswürdigen KI, die in den Entwurf, die Entwicklung und die Nutzung eines KI-Systems einbezogen werden können. Diese Empfehlungen werden zurzeit getestet und nächstes Jahr weiterentwickelt. In der G20 haben wir uns gemeinsam mit unseren Partnern gegen jegliche Diskriminierung im Zusammenhang mit KI ausgesprochen und werden nun an die Umsetzung gehen. Schließlich hat die Datenethikkommission ebenfalls Vorschläge zu den Themen Diskriminierung und Transparenz gemacht, die wir nun prüfen werden.

*Die Sicherheit von KI ist bei vielen Sorge Nummer eins: Wenn unsere Mobilität, die Gesundheitsvorsorge, die digitale Bürokratie und Industrieproduktion autonomer, intelligenter und vernetzter wird, wie garantieren wir die Sicherheit der eingesetzten Software?*

**D. B.:** Erstens: Indem wir die notwendigen Kompetenzen – auch im Bereich vertrauenswürdiger Elektronik oder im Bereich von Rechnerarchitekturen – in Deutschland und Europa halten und die Systeme nach unseren Vorstellungen gestalten. Zweitens: Indem wir Forschung und Innovation vorantreiben, etwa im Bereich IT-Sicherheit. Beim autonomen

Fahren, bei Robotikanwendungen oder im Bereich kritischer Infrastrukturen müssen sichere und zuverlässige Systeme entwickelt werden, die deutlich über den derzeitigen Stand der Technik hinausgehen. Drittens: Indem wir uns national und international für die Einhaltung der notwendigen Standards und für das Prinzip „Security by Design“ einsetzen.

*Zum Abschluss: KI soll unser Leben und unsere Arbeit erleichtern – was ist mit Ihrer Arbeit in der Politik? Sehen Sie Einsatzmöglichkeiten von KI im Politikbetrieb?*

**D. B.:** Gerade in der öffentlichen Verwaltung bietet KI die Chance, Informationen und Leistungen zielgerichteter, passgenauer und niedrighschwelliger bereitzustellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass wir auch beim Einsatz von KI in der Verwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen und damit zur Verbesserung von Effizienz, Qualität und Sicherheit beitragen. Für den Bürger kann der Einsatz von KI verkürzte Bearbeitungszeiten und mehr ortsunabhängige Kommunikation bedeuten. Das entspricht auch der Erwartungshaltung vieler Bürgerinnen und Bürger, durch Digitalisierung einfacher und schneller zu besseren Ergebnissen zu gelangen.

**Dorothee Bär**

*ist seit März 2018 Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung. Zuvor war sie von 2013 – 2018 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. Dorothee Bär ist seit 2001 Mitglied im CSU-Parteivorstand und seit 2002 Mitglied des deutschen Bundestages.*





US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2020

# WEITERE VIER JAHRE TRUMP?



Interview mit  
Dr. Jan Philipp Burgard

Lieber Herr Dr. Burgard, am 3. November 2020 finden die US-Präsidentschaftswahlen statt. Obwohl noch kein demokratischer Herausforderer feststeht, scheint der Wahlkampf bereits in vollem Gange. Erst im Dezember des vergangenen Jahres verabschiedete das von den Demokraten kontrollierte Repräsentantenhaus erfolgreich Articles of Impeachment, um das Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump einzuleiten, das mit dessen Freispruch endete.

**Ging die Wahlkampfstrategie der Demokraten auf oder hat es Trump geschafft, durch eine Selbstinszenierung als Märtyrer einen Nutzen aus dem Verfahren zu ziehen?**

**Dr. Jan Philipp Burgard (J. B.):** Mein Eindruck ist, dass viele Bürger jenseits der Großstädte an Ost- und Westküste sich nicht besonders für das Amtsenthebungsverfahren interessiert haben. Tatsächlich scheint es Trump auch nicht geschadet, sondern genützt zu haben. Die Zustimmungswerte des Präsidenten sind zwischenzeitlich gestiegen. Die Mehrheit der Wechselwähler hat das Impeachment abgelehnt. Und Trump ist es gelungen mit Spendenaufrufen, die auf das Amtsenthebungsverfahren Bezug nehmen, hohe Geldsummen für seine Wahlkampfkasse zu generieren.

**Anfang des Jahres führte die Tötung des iranischen Al-Quds-Brigadenkommandeurs Qasem Soleimani zu einer Eskalation im Mittleren Osten. Manche vermuten, dass Donald Trump diese aus wahlkampf-taktischen Gründen befohlen hat, um von dem Impeachment-Verfahren abzulenken. Wie wahrscheinlich ist diese Analyse und welche Auswirkungen der Ereignisse auf den US-Wahlkampf sind absehbar?**

**J. B.:** Schon Bill Clinton hat 1998 mit Luftschlägen gegen den Irak vorgemacht, wie man von einem Amtsenthebungsverfahren ablenkt. Und in einem Wahljahr wird wohl jede außen- und sicherheitspolitische Maßnahme auch mit Blick auf die Wirkung auf die Wähler getroffen. Aber davon unabhängig war Soleimani natürlich kein Unschuldslamm, sondern ein gefährlicher Unruhestifter, der überall im Nahen Osten Milizengruppen steuerte, die Tod und Gewalt verbreiteten. Soleimani soll laut USA auch für den Abschuss einer US-Spionagedrohne verantwortlich gewesen sein, für Angriffe auf Tanker im Persischen Golf und auf saudische Öl-Anlagen. Spätestens nach den Angriffen auf die US-Botschaft in Bagdad stand Trump unter Druck zu reagieren. Denn sonst hätte er vor seinen Wählern als Löwe da gestanden, der immer drohend brüllt, aber nicht beißt.



**Was kommt von der angeblich so erfolgreichen Wirtschaftspolitik Trumps tatsächlich bei den Menschen in den USA an? Wie beeinflusst das möglicherweise die Wahl?**

**J. B.:** Die Geschichte zeigt, dass ein Amtsinhaber nur schwer zu schlagen ist, wenn die Wirtschaft boomt. Und aktuell ist die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren. Die Löhne steigen, besonders für die unteren Einkommensgruppen. Damit enden Jahre der Stagnation. Der Aktienindex Dow Jones erreicht Rekordhöhen. Das alles geschieht zwar auf Kosten der Staatsverschuldung, die förmlich explodiert. Aber diese langfristigen Folgen von Trumps Wirtschaftspolitik dürften nur die wenigsten Amerikaner wahrnehmen. Hier in den USA haben viele Menschen eher eine kurzfristige Perspektive. Deshalb hat Trump sehr gute Chancen wiedergewählt zu werden, wenn die Wirtschaft weiter brummt.

**Werfen wir einen Blick auf die Herausforderer des Präsidenten – sowohl auf Seiten der Demokraten, als auch aus seiner eigenen Partei. In den bundesweiten Umfragen liegt Joe Biden, Barack Obamas ehemaliger Vizepräsident und moderater Demokrat, auf demokratischer Seite vorne, gefolgt von den**

**politisch weiter links-eingestellten Herausforderern Bernie Sanders und Elisabeth Warren. Bei den Vorwahlen in Iowa hatte nun der Bürgermeister einer Kleinstadt, Pete Buttigieg, die Nase knapp vorn. Was ist die bessere Antwort auf Trump? Ein moderater Kandidat oder ein kräftiger Linksruck?**

**J. B.:** Vielen Amerikanern könnte das Programm von Elizabeth Warren zu wenig wirtschaftsfreundlich sein. Die Senatorin aus Massachusetts ist eine Kritikerin der Wall Street, will große Technologiekonzerne zerschlagen und fordert eine Krankenversicherung für alle. Der zweite Liebling der Linken, Bernie Sanders, kämpft für einen höheren Mindestlohn und das kostenlose Hochschulstudium. Dem Senator aus Vermont fliegen nicht nur die Herzen vieler Demokraten zu, sondern auch die Spenden-Dollars: 34,5 Millionen sammelte Sanders im vierten Quartal 2019 ein. Doch diese Beliebtheit bei der Basis der Demokraten bedeutet nicht zwangsläufig, dass er auch unentschlossene Wähler für sich gewinnen kann. Das wiederum traue ich persönlich eher den vergleichsweise moderaten Kandidaten Joe Biden, Amy Klobuchar oder Pete Buttigieg zu. Insgesamt laufen die Demokraten Gefahr, sich in einem langen Richtungsstreit aufzureiben. Das würde Trump in die Hände spielen.



**Was hat es mit dem plötzlichen Wahlkampfeinstieg von Michael Bloomberg, dem ehemaligen Bürgermeister New Yorks und Multimilliardär, auf Seiten der Demokraten auf sich? Wie sieht seine Wahlkampfstrategie aus?**

**J. B.:** Er hat Vorbehalte gegen den Linksruck in der Partei geäußert und will sich als moderate Stimme ins Rennen einbringen. In einigen landesweiten Umfragen rangiert Bloomberg gleich hinter Biden, Sanders und Warren, obwohl er erst spät in den Wahlkampf eingestiegen ist. Und er hat bereits mehr als 250 Millionen Dollar seines eigenen Vermögens in seine Kampagne gepumpt, unter anderem für TV-Werbung. Es wird spannend zu beobachten, wie weit ihn sein Geld bringt.

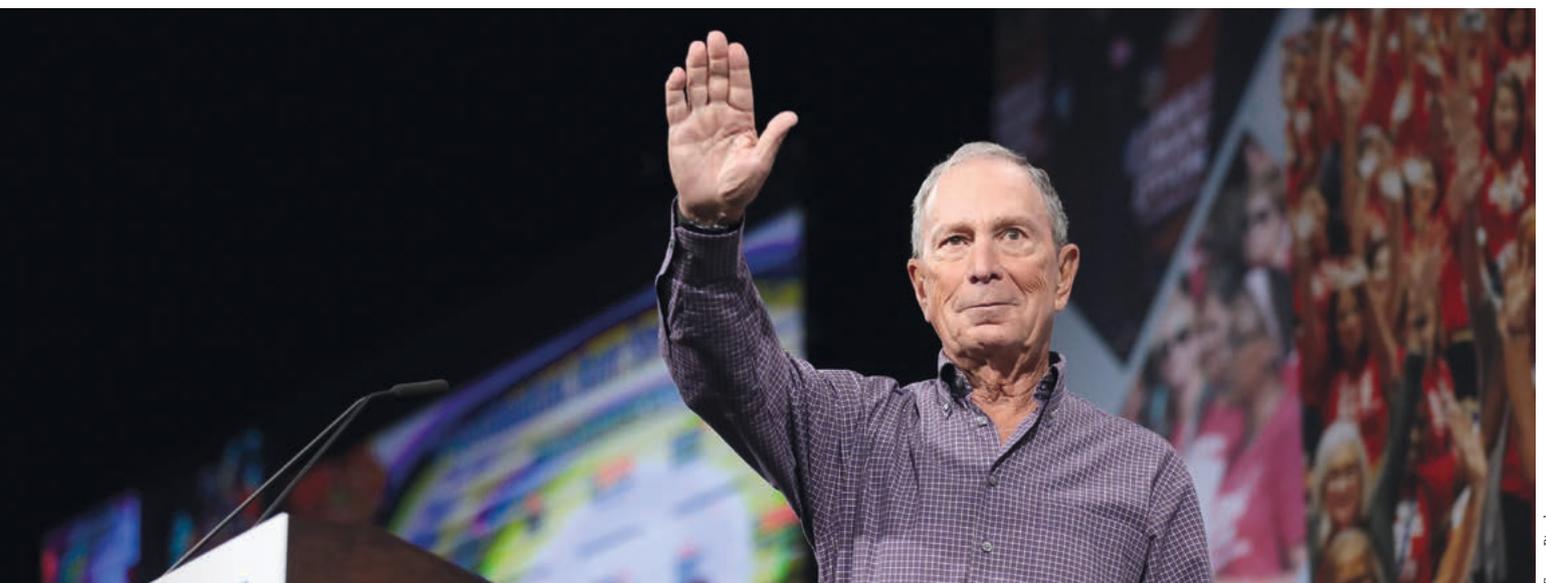
**Steht der demokratische Herausforderer einmal fest – was ist vom US-Wahlkampf nach den Vorwahlen zu erwarten? Was sind die wichtigsten Einflussfaktoren auf den Verlauf und den Ausgang der Wahl?**

**J. B.:** Egal, wer von den Demokraten ins Duell gegen Donald Trump zieht – ich erwarte den teuersten und schmutzigsten Wahlkampf in der Geschichte der USA. Laut Schätzungen könnten bis zu sieben Milliarden Dollar für TV-Spots, Online-Werbung und Berater ausgegeben werden. Wir stellen uns auf Desinformationskampagnen in den sozialen Medien ein, die zwar offiziell nicht von den Kandidaten selbst beauftragt werden, aber dennoch eine gewisse Wir-

kung entfalten könnten. Was das wichtigste Thema betrifft, halte ich es mit James Carville, der in der Wahlkampfzentrale von Bill Clinton ein Plakat aufhängen ließ, um das gesamte Team auf das wahlentscheidende Sujet einzuschwören. Auf dem Plakat stand: „It’s the economy, stupid!“ – „Es geht um die Wirtschaft, Dummkopf!“.

**In Deutschland ist Twitter eher ein Nischenkanal der Infoelite. Wie sehr verfolgen US-Bürger die Tweets ihres Präsidenten? Bespielt er den Kanal allein oder hat er dafür ein Social Media-Team?**

**J. B.:** Trump hat bei Twitter rund 71,5 Millionen Follower. Damit hat der Präsident ein mächtiges Werkzeug an der Hand, um seine Botschaften ohne den Filter der konventionellen Medien zu kommunizieren. Laut einer Umfrage von Gallup lesen zwar nur 4% der Amerikaner die Tweets regelmäßig. Aber ich persönlich treffe auf meinen Drehreisen durch die USA immer wieder Normalbürger, die die Tweets des Präsidenten lesen und sogar zitieren. Oft wiederholen sie die Schlagwörter, die Trump mehrfach getwittert hat. Zum Beispiel wird das Amtsenthebungsverfahren dann als „Hexenjagd“ bezeichnet oder der demokratische Kandidat Sanders als „Crazy Bernie“. Die Simplität von Trumps Sprache, die in Deutschland häufig belächelt wird, ist in Wirklichkeit Ausdruck seiner genialen Marketingfähigkeiten. Seinen Twitter-Kanal bespielt Trump mit Hilfe eines Social Media Direktors namens Dan Scavino. Dessen Büro im West Wing des Weißen Hauses



Fotos: Pixabay

befindet sich in der Nähe des Oval Office. Scavino wird für seine Dienste mit dem höchsten Gehalt belohnt, das das Weiße Haus seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahlen darf: 179.700 Dollar. Kennen gelernt haben sich die beiden übrigens auf dem Golfplatz, wo Scavino als Caddy Trump zur Seite stand.

**Zu guter Letzt noch ein Blick in die ferne Zukunft: Was würde es für die USA und was für Deutschland bedeuten, sollte Donald Trump für weitere vier Jahre im Amt bleiben? Und wie könnte die Zukunft wohl bei einem Sieg des demokratischen Herausforderers aussehen?**

**J. B.:** Egal ob Trump oder ein Demokrat gewinnt, der Wahlkampf wird die Spaltung des Landes weiter vorantreiben. Sollte Trump wiedergewählt werden, dürfte er völlig entfesselt agieren. Traditionell setzen US-Präsidenten in der zweiten Amtszeit einen Schwerpunkt auf die Außenpolitik. Interessant wird im Falle einer Wiederwahl auch sein, ob die Republikaner den Senat halten können oder die Kammer an die Demokraten geht. Sollten die Demokraten den Senat gewinnen und das Repräsentantenhaus verteidigen, könnten sie eine Obstruktionspolitik gegen Trump betreiben und das Land für vier Jahre lähmen.

Sollte ein Demokrat oder eine Demokratin ins Weiße Haus einziehen, wird spannend, worin er oder sie das politische Kapital investiert. Optionen sind etwa die Krankenversicherung für alle oder der Kampf gegen den Klimawandel durch einen „Green New Deal“. Mehrere Kandidatinnen und Kandidaten der Demokraten haben angekündigt, im Falle ihrer Wahl das Verhältnis zu Europa wieder verbessern zu wollen. Trump würde in seiner zweiten Amtszeit wohl seinen isolationistischen Kurs fortsetzen oder sogar intensivieren und internationale Organisationen wie die NATO erneut in Frage stellen. Beim Thema Handel droht er noch stärker auf Konfrontationskurs zu Europa zu gehen. Der Wirtschaftsberater des Präsidenten, Larry Kudlow, sagte mir, sobald Trump „mit China fertig“ sei, werde er sich „Europa vornehmen.“

**Dr. Jan Philipp Burgard**  
*ist Journalist, Buchautor und Moderator. Seit 2017 ist er USA-Korrespondent und stellvertretender Leiter des ARD-Studios in Washington. Für sein jüngstes Buch „Ausgeträumt, Amerika?“ reiste er über ein Jahr lang durch die Vereinigten Staaten und schuf mit seinen Reportagen ein eindrucksvolles Panorama der amerikanischen Gesellschaft.*



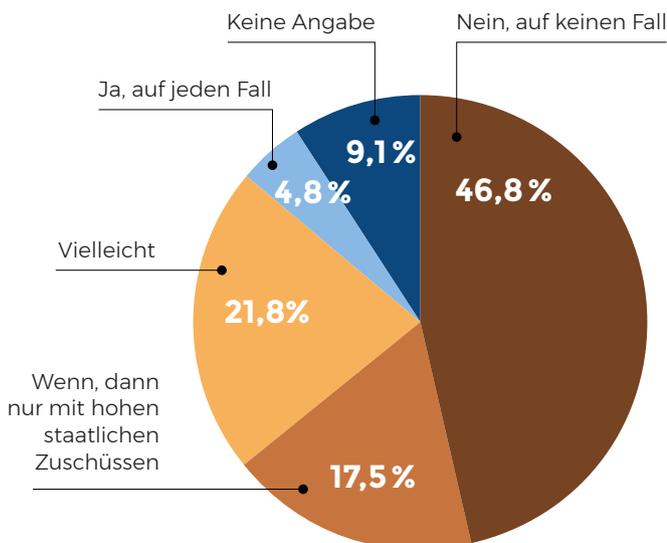
Foto: Pixabay

# NRW-PENDLER NOCH NICHT „ELEKTRISIERT“

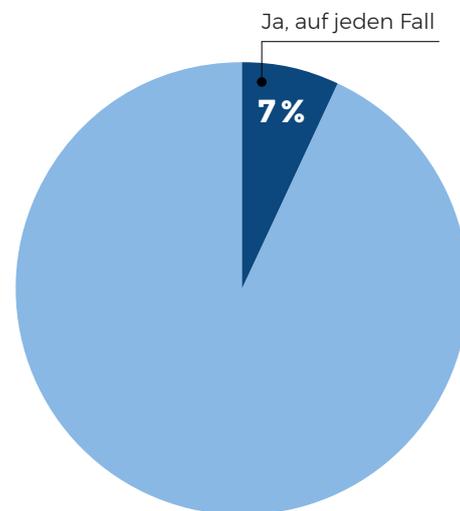
Von Wilfried Pastors

65% der Bürger von Nordrhein-Westfalen werden sich „auf keinen Fall“ oder nur „mit hohen staatlichen Zuschüssen“ in den nächsten fünf Jahren ein E-Auto anschaffen! Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage\* des YouGov-Meinungsforschungsinstitutes im Auftrag des der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP). Zumindest zweifelhaft erscheint auf Grundlage dieser Erhebung, dass ein rascher Umstieg auf E-Mobilität maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung beitragen wird. **Dazu müssten bis 2030 sieben bis zehn Millionen Elektroautos in Deutschland unterwegs sein!**

## PLANEN SIE IN DEN NÄCHSTEN FÜNF JAHREN DIE ANSCHAFFUNG EINES E-AUTOS?



## PLANEN SIE IN DEN NÄCHSTEN FÜNF JAHREN DIE ANSCHAFFUNG EINES E-AUTOS? (18-24-JÄHRIGE)



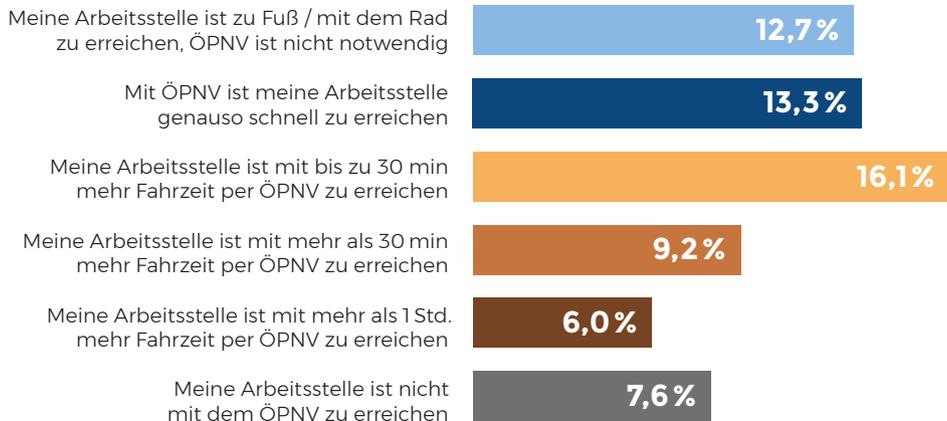
Laut Kraftfahrt-Bundesamt wurden im vergangenen Jahr bundesweit nur 63.281 reine E-Autos neu zugelassen, der Verband der Automobilindustrie (VDA) gibt die Gesamtzahl (Stand 1. November 2019) mit 220.000 an. **Der Gesamtmarkt lag 2019 bei 3,6 Millionen Neuwagen.**

Neben den im Vergleich höheren Anschaffungskosten sowie der immer noch lückenhaften Infrastruktur bei Ladestationen beeinflusst aktuell vor allem die Unklarheit bei gesetzlicher Förderung die Kaufentscheidung der Autofahrer. **Laut Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe werde die E-Auto-Nachfrage „erstickt“, weil die von der Bundesregierung angekündigte Erhöhung des Umweltbonus auf 6.000 Euro (vorher 4.000) beim Kauf eines Neufahrzeugs immer noch nicht umgesetzt wurde.**

Bemerkenswert: Selbst unter den jüngeren Teilnehmern der Umfrage (18-24 Jahre) wollten sich nur

\* Die verwendeten Daten beruhen auf einer Online-Umfrage der YouGov Deutschland GmbH, an der 1012 Personen in NRW zwischen dem 16. und 21.01.2020 teilnahmen. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die Bewohner Nordrhein-Westfalens ab 18 Jahren.

## WELCHE DER AUSSAGEN TRIFFT AM EHESTEN AUF DIE ERREICHBARKEIT IHRER ARBEITSSTELLE MIT DEM ÖPNV ZU?



7% „auf jeden Fall“ beim Autokauf für ein E-Auto entscheiden. Der Wert bleibt quer durch alle Altersgruppen vergleichbar niedrig.

Von den Befragten gaben 39% an, ihren Arbeitsplatz nur mit mehr zeitlichem Aufwand alternativ durch öffentliche Verkehrsmittel erreichen zu können. **Für 23% kommt ein Umstieg auf ÖPNV kaum in Frage, weil der Weg zur Firma erheblich länger dauern würde oder diese überhaupt nicht mit Bus oder Bahn zu erreichen wäre.**

Das Zahlenwerk verdeutlicht die vielfältigen Herausforderungen für eine klimafreundliche Verkehrsstruktur in Deutschlands Stauland Nr.1. Die bis 2031 beschlossenen mindestens 600 Millionen Euro Kofinanzierung der Landesregierung für regionale Verkehrsprojekte, mit denen sie die Bundesfördermittel für NRW auf zwei Milliarden Euro aufstockt, sind dabei nur ein Baustein, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Allein werden sie nicht ausreichen, um täglich hunderte Kilometer Stau im Pendlerverkehr zu vermeiden. Damit verbunden ist eine Verschlechterung der Luftqualität in den Innen-

städten und drohende Fahrverbote. **Nach einer aktuellen Erhebung verlängert sich z.B. in Bonn der normale Weg zur Arbeit durch Stau täglich um 29%!**

Verkehrsplaner mahnen schon länger komplexere Lösungsansätze an, wie sie beispielsweise in europäischen Nachbarländern erfolgreich umgesetzt werden. In den Niederlanden etwa ist vorgeschrieben, dass Unternehmen die Mobilität ihrer Mitarbeiter analysieren und optimieren. Jeder dritte gefahrene Kilometer wird auf dem Weg zur Arbeit zurückgelegt.

Macht es dauerhaft Sinn, dass sich beispielsweise auf der A3 zwischen Duisburg und Köln in beide Fahrtrichtungen tausende Menschen jeden Morgen im Stau gegenüberstehen, die aus dem Ruhrgebiet zur Arbeit ins Rheinland pendeln und umgekehrt? Wäre es nicht klüger, in den Städten, wo die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen, auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? **Allein in Dortmund stieg die Zahl der zur Arbeit einpendelnden Menschen zwischen 2000 und 2018 um 44%!**

Solange der Individualverkehr mit dem Auto die Basis der Mobilität bildet, werde es keine nachhaltige Verbesserung geben, da sind sich die Experten sicher. Nur ein Umstieg auf künftig effizienteren ÖPNV sowie die Einbeziehung alternativer Verkehrsträger wie Pedelecs oder E-Scooter könnte vermeiden, dass täglich mehr als 160 Millionen leere Autositze durch Deutschland kutschiert werden...

### Wilfried Pastors

ist freier Journalist und Autor. Bei der Bildzeitung war er lange Jahre Mitglied der Chefredaktion und Koordinator aller NRW-Ausgaben.



Foto: Unsplash

## KI - S P E Z I A L

# NOT MAGIC, BUT TECHNOLOGY

Von Dr. Isabella Hermann

In dem Marvel-Blockbuster „Black Panther“ wird der CIA-Agent Everett Ross nach einer Schießerei in das hochtechnologisierte afrikanische Land Wakanda gebracht und innerhalb eines Tages von Tech-Genie Shuri von seinen Verletzungen geheilt. Nachdem Ross wieder zu Bewusstsein gekommen ist, glaubt er Shuri zunächst nicht: „Bullet wounds don't just magically heal overnight“, stellt er fest. „They do here“, antwortet ihm Shuri „but not by magic, by technology.“ Der Dialog ist auch eine Referenz auf den bekannten Science-Fiction-Autor und Futuristen Arthur C. Clarke, der sagte, dass jede hinreichend fortschrittliche Technologie von Magie nicht zu unterscheiden sei. Doch Clarke wollte Technik nicht mystifizieren, sondern auf unsere menschliche Beschränktheit aufmerksam machen, die Technik der Zukunft zu erdenken.

Das Gegenteil scheint aktuell in der öffentlichen Debatte um Künstliche Intelligenz zu passieren. Von Politik, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft gleichermaßen wird KI oft wie Magie dargestellt – also als nicht erklärbar und übernatürlich. So glaubt der Ko-Gründer von DeepMind, Demis Hassabis, im Sinne guter Magie daran, dass in Zukunft menschengemachte Herausforderungen wie der Klimawandel, globale Ungleichheit oder mangelnde Gesundheitsversorgung nicht durch Menschen, sondern nur durch KI gelöst werden können. Der Unternehmer Elon Musk spricht hingegen davon, dass KI die größte existentielle Bedrohung für die Menschheit darstelle und uns alle auslöschen könnte. Gemein ist beiden Darstellungen, dass KI wie eine externe Macht dargestellt wird, die sich menschlicher Kontrolle entzieht.



Foto: 20th Century Fox

Welchen großen Anteil das Science-Fiction-Genre und im speziellen Filme haben, vor allem dystopische KI-Narrative zu etablieren, sieht man schon allein an den übermäßigen Verweisen auf den Film Terminator, wenn es um die KI-Debatte geht: Von der Bebilderung von Medienbeiträgen mit der Filmfigur über Referenzen in Diskussionsveranstaltungen bis hin zu Aussagen von Politikern. Laut einer diesjährigen Umfrage der Gesellschaft für Informatik (GI) ist der „Terminator“ mit 76% Bekanntheit die berühmteste „Science-Fiction-Maschine mit Künstlicher Intelligenz“ unter den Deutschen.<sup>1</sup> Die Filmreihe ist ein passendes Beispiel, wie KI in der Science-Fiction als allmächtige und menschenähnliche

Bedrohung dargestellt wird. Was in Filmen wie „Terminator“, aber auch in „Blade Runner“, „Matrix“, „Ex Machina“ oder Serien wie „Battlestar Galactica“, „Westworld“ oder „Star Trek“ passiert, wird oft für bare Münze einer Technikfolgenabschätzung genommen. Doch kann uns eine aus der Zukunft kommende Killermaschine etwas darüber sagen, welche ethischen, gesellschaftlichen und regulatorischen Weichen wir legen müssen, um beispielsweise diskriminierende Vorhersagen von KI-Systemen zu verhindern? Es lässt sich anzweifeln, dass es in den Filmen tatsächlich um KI als technische Anwendung und deren Herausforderungen für unsere Gesellschaft geht.

Die Darstellung von KI und Robotern hat in den meisten Science-Fiction-Filmen weniger mit konkreten technischen Möglichkeiten oder den tatsächlichen gesellschaftlichen Chancen und Herausforderungen zu tun, als damit, Geschichten von und für Menschen zu erzählen. Mächtige Softwaresysteme besitzen plötzlich ein Bewusstsein, werden selbständig und wenden sich gegen ihre Erbauer; humanoide Roboter haben auf einmal Gefühle. Dabei geht es eben nicht um reale technische Herausforderungen, sondern um die urmenschliche Sehnsucht, etwas „Lebendiges“ zu erschaffen und die gleichzeitige Angst vor Kontrollverlust. Wenn KI aber ein narratives Mittel ist, um eine menschliche Geschichte zu erzählen, müssen reale technische Aspekte zwangsweise zugunsten der Dramaturgie zurücktreten. So muss KI im Film übertechnische Qualitäten und Fähigkeiten besitzen, die die Technik – nicht zuletzt mit Hilfe der Spezialeffekte – magisch erscheinen lassen.

Im „Terminator“ wird ein dystopischer Kampf des Menschen gegen eine Maschine erzählt, die einen eigenen Willen entwickelt. Dieses Narrativ lenkt allerdings von drei Punkten ab, die für die aktuellen Diskussion um KI relevant sind: Zum einen, dass „die KI“ nicht für sich alleine steht, sondern eine konkrete technische Anwendung ist, um bestimmte definierte Ziele zu erreichen. Zum anderen, dass hinter KI-Anwendungen Menschen mit bestimmten Weltbildern stehen, die solche Systeme entwerfen, programmieren und anwenden. Und drittens, dass die Tücke beim Einsatz von KI-basierter Technologie nicht ein Kampf des Menschen gegen die Maschine ist, sondern es sich vielmehr um Fragen gesellschaftspolitischer Machtstrukturen dreht.

Eine reale Problematik von KI-Systemen ist beispielsweise die mögliche Verfestigung von Ungerechtigkeiten durch verzerrende Diskriminierungen in Datensätzen, welche die strukturelle Benachteiligung von bestimmten Gruppen in die Zukunft übertragen.

Für das Science-Fiction-Genre ist KI ein Mittel, um interessante, konfliktgeladene Geschichten für Menschen zu erzählen. Doch das Narrativ der magischen KI präsentiert die Technik, als hätte sie einen eigenen Willen, der sich unabhängig von den Zielen der Erbauer entwickelt. KI steht aber nicht außerhalb der Gesellschaft, die Gestaltung des technologischen Fortschritts ist ganz im Gegenteil gerade eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Was wir in der aktuellen Technologieentwicklung brauchen, ist eine realistische Diskussion über die Möglichkeiten: Das bedeutet Vielfalt und Sinn für den sozialen Kontext der Daten unter den Programmierern, eine informierte und aufmerksame Gesellschaft und vor allem eine mutige Politik und smarte Regulierung, um sicherzustellen, dass unsere demokratischen Werte einschließlich des Schutzes von Minderheiten weiterhin zählen.

**Dr. Isabella Hermann**

*ist Politikwissenschaftlerin. Sie koordiniert die interdisziplinäre Arbeitsgruppe „Verantwortung: Maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Das Projekt beschäftigt sich mit den ethischen und rechtlichen Herausforderungen, die mit dem Einsatz von KI-Systemen verbunden sind.*

1 <https://gi.de/meldung/allensbach-umfrage-terminator-und-r2-d2-die-bekanntesten-kis-in-deutschland/>

# VOR DEM ROBOTER KOMMT DIE WERTEFRAGE

Von Dr. Christoph Kehl

**D**ie Pflege steht derzeit stark im Fokus: Die Rede ist von katastrophalen Zuständen in Altenheimen, von überlasteten Pflegekräften, von teilweise menschenunwürdigen Bedingungen. Aktuell spricht wenig dafür, dass sich die Situation absehbar bessern wird, im Gegenteil: Die Zahl

spielen? Die jüngsten Fortschritte im Bereich der Robotik, der künstlichen Intelligenz und des maschinellen Lernens machen diese Frage zunehmend virulent. Längst kommen Roboter nicht mehr nur für stereotype Industrietätigkeiten zum Einsatz, sondern dringen in unseren Alltag vor – rasenmähende und staubsaugende Roboter sind hier sicherlich nur die ersten Vorboten. Mit wachsendem Erfolg wird an autonomen Maschinen getüftelt, die immer komplexere Tätigkeiten übernehmen und selbstständig mit Menschen interagieren können.

Doch Robotik und Pflege, passt das zusammen? Die Chancen für die Altenpflege scheinen auf der Hand zu liegen: Ältere Menschen könnten länger zu Hause wohnen, wenn sie von Robotern unterstützt werden. Und im Pflegeheim könnten Roboter Routinetätigkeiten übernehmen und so das Pflegepersonal entlasten. Gleichzeitig ruft die Vorstellung, die Pflege in die Hände von Maschinen zu geben, bei vielen aber auch großes Unbehagen hervor.

der Pflegebedürftigen wird bis 2050 von heute 3,5 Millionen voraussichtlich auf über 5 Millionen anwachsen, schon in wenigen Jahren könnten hunderttausende Pflegefachkräfte fehlen. Trotz aller Unschärfe solcher Prognosen ist klar: Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege gehört zu den drängendsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben.

Welche Rolle könnte die Technik bei der Bewältigung der sich abzeichnenden Versorgungsengpässe

## KÖNNEN UND SOLLEN ROBOTER PFLEGEN?

Obwohl Roboter als die Zukunft der Pflege gelten, wird an roboterähnlichen Maschinen zur Unterstützung der Pflege bereits seit vielen Jahren geforscht. Eine der Galionsfiguren der Pflegerobotik, der am Fraunhofer IPA entwickelte Care-O-bot – ein multifunktionaler Alltagsgehilfe, der vom Hersteller als „elektronischer Butler“ angepriesen wird –, hat seine



Ursprünge in den frühen 1990er Jahren. Gemessen daran sind die Entwicklungserfolge bislang ziemlich bescheiden. Gare-O-bot fristet sein Dasein inzwischen als Verkaufsroboter in Elektronikmärkten – von einem Einsatz in der Pflege ist das System noch weit entfernt. Bis auf wenige Ausnahmen spielen Roboter in der pflegerischen Praxis derzeit noch keine nennenswerte Rolle.

Das liegt vor allem an den hohen technischen Anforderungen an einen pflegerischen Einsatz. Gute Pflege erfordert taktiles Feingefühl, emotionales Einfühlungsvermögen und Umsicht. All dies können selbst die höchstentwickelten Roboter nicht leisten. An den sicheren, zuverlässigen Betrieb eines robotischen Alleskönners im Pflegealltag ist deshalb noch lange nicht zu denken – der im wahren Wortsinn „pflegende“ Roboter wird wahrscheinlich eine Utopie bleiben. Im Fokus der Entwicklerinnen und Entwickler stehen aktuell stattdessen relativ unspektakuläre teilautonome Assistenzsysteme, welche die personenbezogene Pflege unterstützen, statt sie zu substituieren. Anvisierte Einsatzfelder sind logistische Dienstleistungen wie der Transport von Wäsche oder Medikamenten, die Mitwirkung bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten – etwa dem Transport oder dem Heben von Patienten – sowie „smarte“ Mobilitätshilfen, die Bewegungseinschränkungen mittels intelligenter Funktionen kompensieren.

Gute Pflege ist jedoch keine alleinige Frage der Technik. Da Pflegebedürftige unter körperlichen sowie geistigen Einschränkungen leiden und oft nicht mehr in der Lage sind, ihren Willen und ihre Bedürfnisse klar zu äußern, ist der Pflegealltag voll von schwierigen ethischen Abwägungen. Wie ist zum Beispiel mit einem bettlägerigen Patienten zu verfahren, der sich mit Kräften gegen seine Umlagerung wehrt, obwohl diese medizinisch geboten ist? Wann ist die Anwendung von Zwang zum Wohle der Person ethisch zulässig? Der Umgang mit solchen Situationen erfordert neben Einfühlungsvermögen auch moralisches Fingerspitzengefühl, das sich nicht auf eine einfache algorithmische Formel bringen lässt. Je autonomer Roboter agieren, desto größer ist die Gefahr, dass sie die Autonomie und damit die Würde von Schutzbefohlenen missachten. Pflege als rein technisch-mechanisches Abarbeiten definierter Zielvorgaben ist mit unseren Vorstellungen guter Pflege jedenfalls kaum vereinbar.

## DIE ZUKUNFT DER PFLEGE LIEGT IN UNSEREN HÄNDEN

Die Integration der Robotik in die Pflege ist deshalb vor allem eine große normative Herausforderung. Erforderlich ist erstens die Entwicklung ethischer Leitlinien, welche die Grenzen eines pflegerischen Einsatzes differenziert definieren. Ethische Prinzipien gilt es zweitens, orientiert an den Bedürfnissen der Betroffenen, bereits bei der Gestaltung der Systeme einzubeziehen. Hier braucht es primär eine gesellschaftliche Debatte darüber, woran sich gute Pflege im KI-Zeitalter bemessen soll. Zu klären ist unter anderem, welche Leitbilder in der Pflege zukünftig maßgeblich sein sollen, ob Pflegebedürftige das Recht haben sollen, sich der Pflege durch robotische Systeme zu verweigern, und ob es verpflichtende Betreuungsschlüssel braucht. Hinter allem steht die Frage, wie wir zukünftig mit alten Menschen umgehen wollen.

Vordringlich ist also die Verständigung darüber, welche Pflege wir uns als Gesellschaft wünschen. Nur so kann es gelingen, die Potenziale der neuen Technologien fruchtbar zu machen. Insofern sind die aktuellen Entwicklungen im KI- und Robotikbereich auch ein Anlass, sich unabhängig von technischen Unterstützungsvisionen über aktuelle strukturelle Missstände in der Pflege sowie die Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen Gedanken zu machen.

Ähnliches gilt im Übrigen auch für viele andere gesellschaftliche Bereiche, die von den digitalen Umbrüchen betroffen sind. Benötigt wird ein Wertekompass, der einen verantwortungsvollen Weg in die Zukunft weist – was vor allem auch bedeutet, den technischen Wandel als gestaltbar zu begreifen und sich nicht von ihm treiben zu lassen.

### **Dr. Christoph Kehl**

*ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Von 2014–2016 leitete er dort das Projekt „Mensch-Maschine-Entgrenzungen. Zwischen künstlicher Intelligenz und Human Enhancement“ sowie von 2016 – 2017 das Folgeprojekt „Robotik und assistive Neurotechnologien in der Pflege – gesellschaftliche Herausforderungen“.*

## KI - S P E Z I A L

# DIE RUTSCHBAHN: VOM ALGORITHMUS ZUM KILLER-ROBOTER



Foto: koto\_feja / iStockphoto

Von *Laura Nolan*

**B**eim Software-Engineering ist es immer eine gute Idee, die Ziele eines Projektes zu verstehen. Man möchte sichergehen, nicht zufällig versehentlich etwas komplett Unnützes zu produzieren. Ende 2017, als ich als Software-Technikerin bei Google arbeitete, sollte mein Team einige grundlegende architektonische Änderungen in den Cloud Services des Unternehmens vornehmen. So fragte ich nach den Gründen des Projektes.

Die Antwort schockierte mich: die Änderungen sollten es Google ermöglichen, geheime Aufnahmen von US-Militärdrohnen zu verarbeiten. Dies war Teil von „Project Maven“: Einer Partnerschaft zwischen dem US-Militär und mehreren Technologiefirmen des Privatsektors (einschließlich Google, Microsoft,

Amazon, ClarifAI und Nvidia) mit dem Ziel, automatisierte Objekterkennungstechniken zur Analyse von Überwachungsaufnahmen aus Drohnen einzusetzen. Die Software sollte dazu in der Lage sein, Objekte wie zum Beispiel Menschen oder Fahrzeuge zu erkennen, detaillierte Zeitleisten über Aktivitäten und sogar visuelle Graphiken menschlicher Bewegung im Überwachungsgebiet zu erstellen.

Google hatte sich immer als ein Unternehmen verstanden, das die Informationen der Welt organisieren möchte und sie zugänglich und nutzbar machen will. Nicht als ein Unternehmen, das das Militär unterstützt. Doch zusätzlich zu *Project Maven*, gab Google Gebote für einen 10 Milliarden



Dollar Cloud Computing Vertrag namens „JEDI“ ab, welcher die Letalität des US Militärs steigern sollte.

Letztendlich gab ich meinen Job bei Google aufgrund der Beteiligung des Unternehmens an *Project Maven* auf. Die Zielerkennung gehört zu den arbeitsintensivsten Teilen der militärischen „Kill Chain“ (Zielerkennung, Entsenden von militärischen Kräften, Entscheidung und Befehl zum Zielangriff und schließlich die Zerstörung des Ziels). Durch die Herausnahme eines Großteils der menschlichen Arbeit aus dieser Phase erhöht sich die moralische Distanz.

Technologie ist nicht neutral: Unsere Gesellschaft formt sich durch die Dinge, die wir erschaffen. Dies ist bei der Kriegführung nicht anders. Anthony Swofford, ein ehemaliger US-Marine, sagte kürzlich: „Je weiter sich eine Gesellschaft vom Töten in ihrem Namen moralisch distanziert, desto mehr wird in ihrem Namen getötet. Wir erlauben Technologie, unsere moralische Distanz zu erweitern. Und so erleichtert Technologie das Töten.“

Ich war gleichzeitig besorgt, dass *Maven* ohne viel Aufwand um eine automatisierte Zielauswahl erweitert werden könnte. Viele Angriffe sind sogenannte „signature strikes“, bei denen Menschen aufgrund von auffälligem Verhalten als Ziele erfasst werden – dies betrifft zum Beispiel Menschenansammlungen oder Fahrzeugkolonnen Mithilfe der

vereinfachten Datenverarbeitung durch das *Maven*-Projekt könnte diese Auslese von Zielen in Zukunft ein Computer übernehmen. Ein Jahr nach meiner Kündigung wurde eben genau diese Befürchtung zur Realität: Als Teil des Projekts „*sensor to shooter*“ existieren nun Algorithmen, die die Zeit zwischen der Erfassung von potenziellen Zielen, Priorisierung und Präsentation an den Schützen verkürzen.

Während das US-Verteidigungsministerium versichert, dass weiterhin Menschen die Entscheidungen treffen werden, geben die neuen KI-Ethikprinzipien keine Auskunft darüber, wie mit dem Problem des „*Automatisierungsbias*“ umgegangen werden soll. Also die menschliche Tendenz, Ergebnisse automatisierter Entscheidungsprozesse zu bevorzugen. Dieser Bias hat sich bereits in Flugzeugcockpits, im Bereich der Medizin und bei Atomkraftwerken gezeigt. Es besteht ein ernsthaftes Risiko, dass Menschen die Ergebnisse bei der automatisierten Zielauswahl einfach durchwinken und die Grenzen der Verantwortung somit weiter verschwimmen.

Und hier zeigt sich der Rutschbahneffekt: *Maven* hat den Weg zur automatisierten Zielauswahl bereitet. Von hier aus ist es nicht mehr allzu weit zu vollautomatisierten Waffen, die Ziele ohne menschliches Einwirken angreifen.

#### **Laura Nolan**

*arbeitet seit über 15 Jahren als Software-Ingenieurin. Im Juni 2018 verließ sie aus Protest gegen das „Project Maven“ das Unternehmen Google. Im Projekt des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums wird an dem militärischen Einsatz von Künstlicher Intelligenz gearbeitet. In Dublin gründete sie anschließend die Organisation „TechWontBuildIt“ für Vertreter der Technologiebranche, die auf die ethischen Implikationen der Industrie aufmerksam machen wollen.*

**AUSBLICK****„Russland – Zeit für einen neuen Dialog?“****Diskussionsveranstaltung ▶ 27. Februar 2020****Ronald Pofalla**, Vorstandsvorsitzender des Petersburger Dialogs e.V.**Matthias Platzeck**, Ministerpräsident a. D. und Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Russischen Forums e.V.**Golineh Atai**, Journalistin und Autorin**Anja Bröker** (Moderation), ehemalige Auslandskorrespondentin der ARD in Moskau**„Die NATO – Auch in Zukunft ein Bündnis, das den Frieden sicherer macht?“****Diskussionsveranstaltung ▶ 2. März 2020****Sigmar Gabriel**, Bundesminister a.D. und Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.**Dr. Hans-Dieter Lucas**, Botschafter, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der NATO in Brüssel**Ekkehard Brose**, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)**Dr. Claudia Major**, Stiftung Wissenschaft und Politik**Dr. Anna Sauerbrey** (Moderation), Leiterin Ressort Meinung/Causa Der Tagesspiegel**„Im Namen des Volkes? – Über die Akzeptanz und Vermittelbarkeit von Gerichtsurteilen“****Diskussionsveranstaltung ▶ 5. März 2020****Peter Biesenbach**, MdL, Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen**Prof. Dr. Ralf Höcker**, Rechtsanwalt und Professor für Marken- und Medienrecht**Barbara Stockinger**, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Richterbundes und Richterin am Oberlandesgericht München**Andrea Oster** (Moderation), Journalistin und Moderatorin (WDR5)**Impressum**

Bonner Perspektiven 01 | 2020

**Herausgeber**Prof. Bodo Hombach  
Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH  
Heussallee 18-24  
53113 Bonn

Tel.: 0228 / 73-62990

Fax: 0228 / 73-62988

E-Mail: [info@bapp-bonn.de](mailto:info@bapp-bonn.de)[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)[www.facebook.com/bapp.bonn](https://www.facebook.com/bapp.bonn)[www.instagram.com/bonner\\_akademie](https://www.instagram.com/bonner_akademie)[www.twitter.com/BonnerAkademie](https://www.twitter.com/BonnerAkademie)**Redaktion und Lektorat**Philip Ackermann, Tilman Bartsch,  
Katharina Menrath**V.i.S.d.P.:**

Dr. Stefan Brüggemann

**Umsetzungsabteilung, Gestaltung und Satz**

designlevel 2

[www.designlevel2.de](http://www.designlevel2.de)**Illustrationen**

Krystin Unverzagt

**Druck**

Druckerei Eberwein OHG

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2020 by Bonner Akademie für

Forschung und Lehre praktischer Politik

(BAPP) GmbH

Sofern nicht anders ausgewiesen, stehen die Bilder von Flickr unter der Lizenz Creative Commons 2.0. Wir haben uns bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuchen wir um Mitteilung.

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



**ALLE AUSGABEN  
DER BONNER PERSPEKTIVEN  
AUCH ONLINE UNTER:**

<https://www.bapp-bonn.de/publikationen/magazin-bonner-perspektiven>